

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	19
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Ökologische Gerechtigkeit	29
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Jugendengagement international	

THEMEN DES MONATS

Gentechnik

Wahlfreiheit muss sein

Die Entscheidung für oder gegen den Anbau genmodifizierter Pflanzen ist auch Bundesländersache

Seite 2

Verkehrspolitik

Letzte Ausfahrt E-Mobilität?

Zwischen Rettungsoption und kindlicher Hoffnung pendeln die Ansichten über Elektroautos

Seite 4

Stadtentwicklung

Urbane Zukunft managen

Der B.A.U.M.-Bericht „Intelligent Cities“ gibt Anregungen, wie eine lebenswerte Stadt gestaltet sein sollter

Seite 6

Interview: Agrarpolitik

„Da wachsen den Pferden Hörner“

Gegen Lebensmittelskandale sind EU-weite Kontrollen und eine Herkunftskennzeichnung überfällig

Seite 17

Gentechnik

Wahlfreiheit muss sein

Die Entscheidung für oder gegen den Anbau genmodifizierter Pflanzen ist auch Bundesländersache

Weder in Brüssel noch in Berlin haben sich die Entscheidungsträger zu einer Gentechnik-Grundsatzentscheidung durchgerungen. Vorschläge liegen auf Eis, was durchaus ein Vorteil sein kann. Denn in der Zwischenzeit haben die Bundesländer die Möglichkeit, ihre rechtlichen Spielräume nutzen. Baden-Württemberg könnte dabei vorangehen, was ein Gutachten belegt. ■ VON MIKLAS HAHN, BUND

Ungeachtet der Ablehnung der Bevölkerung drängen die Agrar-Multis mit ihren gentechnisch veränderten Pflanzen weiter auf den EU-Markt. Auch wenn der jahrelange Protest der GentechnikgegnerInnen Wirkung zeigt – so kündigte der Agrochemiekonzern BASF Anfang des Jahres an, die Zulassungsanträge für drei gentechnisch veränderte Kartoffelsorten zurückzuziehen –, warten derzeit etwa 30 genmodifizierte Pflanzensorten bei der EU-Kommission auf ihre Zulassung zum Anbau. Vermutlich werden spätestens in der zweiten Jahreshälfte mehrere Zulassungsanträge grünes Licht erhalten.

Im Februar kündigte der neue EU-Verbraucherschutzkommissar Tonio Borg an, Verhandlungen zur Umsetzung eines Kommissionsentwurfs von 2010 wieder aufzunehmen, der vordergründig mehr nationale Spielräume für Anbauverbote von Gentechnikpflanzen eröffnen soll. Mitgliedstaaten, so das Kalkül der Kommission, die den Anbau im Einzelfall verbieten können, stellen sich bei der Zulassung neuer Pflanzen in Brüssel nicht länger quer. Da jedoch der Vorschlag der Kommission keine Gründe nennt, die ein nationales Anbauverbot rechtfertigen, fehlt den Ländern jegliche Rechtssicherheit. Rechtsstreitigkeiten mit Bauern, die Gentechnikpflanzen anbauen möchten, und Gentechnikkonzernen, die ihr Saatgut in der EU verkaufen möchten, sind vorprogrammiert. Der Gentechnikfreiheit wäre somit ein Bärendienst erwiesen. Noch liegt der Vorschlag wegen eines Vetos von Frankreich, Großbritannien und Deutschland auf Eis, wo er nach Meinung des BUND gut liegt.

Während also von Brüssel und Berlin kaum relevante Anstrengungen in Sachen

Anbauverbot zu erwarten sind, rückt in Deutschland eine weitere politische Handlungsebene in den Vordergrund: die der Bundesländer, deren rechtlicher Spielraum bislang kaum ausgelotet wurde. Dabei gibt es hier wirkungsvolle Hebel, um den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) zumindest erheblich zu erschweren. Zwar sind Maßnahmen wie ein generelles Anbauverbot oder die Regelung verbindlicher gentechnikfreier Regionen nicht möglich, da EU-Recht und Bundesrecht dem entgegenstehen. Aber besonders das Naturschutzrecht, das in der Kompetenz der Länder liegt, bietet einen guten Ansatzpunkt, um den Gentechnikanbau auf wesentlichen Teilen der landwirtschaftlichen Nutzfläche auszuschließen oder unter strengen Genehmigungsvorbehalt zu stellen.

In einem vom BUND Baden-Württemberg beauftragten Gutachten haben die Rechtsanwälte Georg Buchholz und Achim Willand mögliche Maßnahmen für das Bundesland präzisiert. Das Gutachten, das Ende Dezember 2012 gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, zeigt, welchen Handlungsspielraum eine Landesregierung hat, um den Anbau von GMO einzudämmen und die Gentechnikfreiheit im Land zu stärken.

Wir können alles, auch gentechnikfrei

Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg hat sich in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich zur Gentechnikfreiheit bekannt. Sie will alle Möglichkeiten nutzen, um daraus einen Marktvorteil für

die heimische Landwirtschaft zu machen. Erste Maßnahmen sind bereits auf den Weg gebracht. So ist das Land im Oktober 2012 dem europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten, und der Standard „Ohne Gentechnik“ soll ab 2015 zum verpflichtenden Bestandteil des Qualitätszeichens Baden-Württemberg (QZBW) werden. Im Februar 2013 verkündeten Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid und Landwirtschaftsminister Alexander Bonde, dass sich künftig die Pächter von landeseigenen Flächen in neu abzuschließenden Pachtverträgen verpflichten müssen, hier nur gentechnikfreie Landwirtschaft zu betreiben. Allerdings umfasst diese Fläche gerade einmal 1,4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. All diese Maßnahmen sind gute und wichtige Signale für eine gentechnikfreie Landwirtschaft im Land. Doch falls, wie zu erwarten, die EU-Kommission in diesem Jahr neue genmanipulierte Pflanzen zum Anbau zulässt und ein Landwirt oder Unternehmen sich entscheidet, diese auch in Baden-Württemberg anzubauen, nutzen sie letztlich nichts für die Absicherung der Gentechnikfreiheit. Nur weitere rechtlich verbindliche Regelungen, die große Flächen abdecken, bringen am Ende die notwendige Sicherheit für die Gentechnikfreiheit im Land.

Rechtliche Voraussetzungen schaffen

Die wichtigsten Vorschläge sind dabei zwei Ergänzungen des Landesnaturschutzgesetzes, dessen Novellierung noch für 2013 geplant ist: Zum einen soll das Einbringen von GMO in engeren Schutzzonen – zum Beispiel Naturschutzgebiete und National-

parke – explizit verboten und in weiteren Schutzzonen – wie Landschaftsschutzgebieten oder Naturparks – nur mit einer gesonderten naturschutzrechtlichen Genehmigung erlaubt werden. Diese darf nur erteilt werden, wenn der Antragsteller nachweist, dass keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgebiet zu befürchten sind. Darüber hinaus wären Anbau und Freisetzung von GVO in einer Pufferzone von 3.000 Meter um ein Natura-2000-Gebiet, ein Naturschutzgebiet, einen Nationalpark oder ein gesetzlich geschütztes Biotop nur nach einer strengen, gesonderten Verträglichkeitsprüfung erlaubt. Der Schutzpuffer orientiert sich am Flugradius von Bienen und anderen Insekten, die Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen in ein Schutzgebiet eintragen können. In einem Bundesland wie Baden-Württemberg, das über ein so vielfältiges und reich verteiltes Netz an Schutzgebieten verfügt, würden so wesentliche Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche vom Gentechnikanbau ausgeschlossen beziehungsweise unter einen strengen Genehmigungsvorbehalt gestellt.

Aber auch über die gesetzlichen Regelungen hinaus stehen der Landesregierung Mittel für eine wirkungsvolle Vorsorge zur Verfügung. Durch eine entsprechende Verwaltungsvorschrift etwa könnten zur Wahrnehmung der gesetzlichen Vor-

sorgepflicht nach Paragraph 16 b des Gentechnikgesetzes die erforderlichen Schutzmaßnahmen für jene Fälle konkretisiert werden, für die die Gentechnik-Pflanzen-erzeugungsverordnung des Bundes bislang keine Regelung trifft, etwa zum Schutz der Imker und deren Produkte, für die Erzeuger von Lebensmitteln „ohne Gentechnik“ oder für die Saatguterzeuger. Aufgabe der Landesregierung ist es, Rechtssicherheit zu schaffen und rechtzeitig vor einem geplanten Gentechnikanbau die Anforderungen an die gesetzliche Vorsorge verbindlich zu konkretisieren. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Kosten der dadurch verursachten Überwachungsmaßnahmen vom Verursacher getragen werden.

Weitere Handlungsspielräume für das Land ergeben sich, indem die Futtermittelüberwachung strenger geregelt wird: das heißt, keine Toleranz für GVOs in Futtermitteln auch unterhalb der EU-rechtlich vorgegebenen Schwellen. Außerdem sollten öffentliche Einrichtungen ausschließlich gentechnikfreie Produkte beschaffen. Zudem könnten freiwillige gentechnikfreie Regionen stärker unterstützt sowie die Herstellung gentechnikfreier Lebensmittel im Land besser gefördert werden.

Mit dem Rechtsgutachten liegt der Landesregierung nun ein wirkungsvolles Maßnahmenpaket vor. Sie ist gefordert, mög-

lichst rasch den vorhandenen gesetzlichen Spielraum zu nutzen. Gleichzeitig sind die anderen Bundesländer in der Pflicht zu prüfen, wie der Wunsch der großen Bevölkerungsmehrheit nach Gentechnikfreiheit auf Acker und Teller auch in den Ländern weiter vorangetrieben werden kann.

Um der Landesregierung deutlich zu machen, dass die Menschen im Land jetzt ein engagiertes Handeln gegen Gentechnik erwarten, hat der BUND die Kampagne „dageGen! Keine Gentechnik auf Acker und Teller“ gestartet. Auf www.bund-bawue.de/dageGen und bei vielen Aktionen vor Ort werden derzeit Unterschriften gesammelt und Landwirtschaftsminister Bonde zu einem raschen Handeln aufgefordert.

Der Kultur- und Umweltwissenschaftler Miklas Hahn hat bei verschiedenen Umweltverbänden gearbeitet und leitet den Bereich Social Media beim BUND Baden-Württemberg. Aktuell koordiniert er die landesweite Kampagne „dageGen! Keine Gentechnik auf Acker und Teller“.



Kontakt:

Tel. +49 (0)711 / 620306-25,
E-Mail: miklas.hahn@bund.net,
www.bund-bawue.de

Nachhaltigkeit

A-Z



L wie Lebenswege

Wer Neues schaffen will, muss oft genug Widerstände und institutionelle Schranken überwinden. Das Leben herausragender Denker(innen) des 20. Jahrhunderts aber auch Selbstportraits zeitgenössischer Wissenschaftler(innen) und Künstler(innen) zeigen, wie gerade produktive Zweifel und unangepasstes Handeln Richtungsweisendes und Bleibendes hervorbringen.

E. A. Wiecha
Disziplinlos
Eigensinnige Lebensbilder zwischen Wissenschaft und Kunst
334 Seiten, broschiert, 24,95 Euro, 978-3-86581-422-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Verkehrspolitik

Letzte Ausfahrt E-Mobilität?

Zwischen Rettungsoption und kindlicher Hoffnung pendeln die Ansichten über Elektroautos

Die einen sehen in der Einführung von stromgespeisten Fahrzeugen das Nonplusultra moderner Verkehrstechnik. Bei anderen überwiegt die Skepsis, zumal die notwendige Versorgung mit Elektrizität alles andere als umweltfreundlich ist. Fest steht, dass Elektroautos Vor- und Nachteile haben. Doch Mobilität ist mehr als nur die Fortbewegung im Kraftfahrzeug. ■ VON GEREON JANZING

In den letzten Jahren hört und liest man häufig von Elektroautos. Bekannt sind sie seit über hundert Jahren. Aber nie zeigte die Autoindustrie Interesse an ihnen, nicht einmal in der Ölkrise der 1970er-Jahre. Als es aber 2008 in der Autoindustrie wegen stark sinkender Absätze kriselte, mussten neue Ideen her, um KundInnen zu locken. Und so erinnerte man sich ans Elektroauto – und bewirbt es nun als „sauber“ und „umweltfreundlich“.

Betrachtet man die Vor- und Nachteile fernab von ökonomischen Interessen, ist Folgendes festzustellen: In der unmittelbaren Umgebung ist ein Elektroauto zweifellos sauberer als ein Benzin- oder Dieselfahrzeug. So müssen unmotorisierte Verkehrsteilnehmer nicht die Abgase einatmen, für RadfahrerInnen also ein eindeutiger Vorteil. Eventuelle Gifte werden in weiter Entfernung freigesetzt. Außerdem ist es nach Aussage vieler, die es erlebt haben, sehr angenehm zu fahren.

Aus Umweltsicht überwiegt die Skepsis

Einige Studien betonen, dass geparkte elektrische Autos mit ihren Batterien zur Speicherung elektrischer Energie aus erneuerbaren und unregelmäßigen Quellen dienen können. Das ist zweifellos eine gute Idee, sobald die Batterietechnik besser ausgereift ist.

Während viele Industrielle und PolitikerInnen – und mit ihnen viele unbedarfte Laien – plötzlich völlig euphorisch für das Elektroauto werben, sind die Umweltschützer erst einmal skeptisch. Denn Elektroenergie ist ja nicht prinzipiell so sauber, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Sie ist nur so sauber wie ihre Energieerzeugung.

Bei einigen Werbeagenten der Elektroautos ist zu mutmaßen, dass die Atomindustrie hinter ihnen steht. Andere dagegen betonen, die elektrische Energie solle aus erneuerbaren Quellen stammen. Das ist sicher besser, klingt allerdings so, als wäre Elektroenergie aus erneuerbaren Quellen im Überfluss vorhanden.

In Deutschland wurde 2010 die Nationale Plattform Elektromobilität gegründet. Über diese gibt es ein Buch von Weert Canzler und Andreas Knie,⁽¹⁾ das klar die Ziele der Plattform beschreibt: Die Sorgen betreffen nicht die Umwelt, sondern die Position Deutschlands in der globalen Wirtschaft. Die Hauptangst ist, China könnte mit einem großen Angebot an Elektroautos Deutschland zuvorkommen. Deutschland muss Marktführer sein, alles andere interessiert weniger.

Trügerische Werbebotschaften

So wie derzeit Energie erzeugt wird, setzt ein Elektroauto pro Kilometer mehr Kohlendioxid frei als ein Auto mit Verbrennungsmotor, ganz abgesehen von den verheerenden Folgen der Atomkraft, die in der Kohlendioxidstatistik nicht erscheinen. Man kann natürlich die Autos mit Sonnen- und Windenergie speisen. Oft schönt das aber nur die Statistik und hat keinen weiteren Nutzen. Es deutet nämlich alles darauf hin, dass sich folgendes Szenario entwickelt: Jemand lässt sich Solarzellen installieren, mit denen er zunächst die Waschmaschine betreibt. Dann kauft er sich ein Elektroauto, das er mit dem Solarstrom betreibt. Da dieser nun nicht mehr für die Waschmaschine ausreicht, muss Atomstrom zugekauft werden. In

der Werbung heißt es, dass das Auto mit Solarstrom betrieben wird. Wer die Werbebotschaft empfängt, denkt also, das Auto werde mit sauberer Energie gefahren. Keiner weiß, dass wegen des Autos für die Waschmaschine Atomstrom verwendet wird.

Aus Umweltschutzgründen ist die Förderung des Elektroautos also nur sinnvoll, wenn sie mit einer gleichzeitigen Ausweitung umweltfreundlicher Energien sowie einer Reduktion des gesamten Autoverkehrs einhergeht.

Weg vom Prestigeobjekt Auto

Ein Elektroauto hat bei der heutigen Batterietechnik, die sich vermutlich in absehbarer Zeit nicht wesentlich verbessern wird, eine bedeutend geringere Reichweite als ein Auto mit Verbrennungsmotor. Damit wird es vielfach als defizitär wahrgenommen. Diejenigen, die das Elektroauto bewerben, bieten im Wesentlichen zwei Lösungen hierzu. Eine ist, dass ein Elektroauto als Zweit- (oder gar Dritt-)Wagen empfohlen wird. Das käme den Wünschen der Autoindustrie sicher entgegen, ist aber aus Umweltschutzsicht ganz offensichtlich kontraproduktiv. Denn alle Autos, unabhängig von ihrem Antrieb, brauchen in der Herstellung Material, Energie und Wasser – viel mehr als Fahrräder. Laut Aussage des Verkehrsclubs Österreich setzt ein Auto in der Produktion etwa so viel CO₂ frei wie 30.000 mit Verbrennungsmotor gefahrene Kilometer. Damit steht außer Zweifel: Elektroautos können aus Umweltschutzsicht nur befürwortet werden, wenn sie die Benzin- und Dieselfahrzeuge nicht ergänzen, sondern ersetzen. Elektroautos, die Autos

mit Verbrennungsmotor ergänzen, sind bloße Spielzeuge von Leuten, die ihre Zeit nicht besser zu nutzen wissen. Das kann man als Prestigeökonomik klassifizieren.

Es bleibt die andere Lösung: Das Elektroauto soll an erster Stelle als Mietauto angeboten werden und als solches das Privatauto ersetzen. Das Mietauto muss Teil eines umfassenden Verkehrskonzeptes sein, das den öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn und im Idealfall auch Fahrräder einschließt. So wird die Gesamtzahl der vorhandenen Autos reduziert, damit sinkt auch der Flächenverbrauch für Parkplätze. Canzler und Knie entwickeln in ihrem Buch ein solches Konzept, das allerdings sehr national ausgerichtet ist. Wie man von einem Land in ein anderes reisen kann, bleibt offen.

Neue Arten der Mobilität sind gefragt

Es ist klar, dass die Mobilität auf Dauer von fossilen Brennstoffen wegkommen muss und dass Biodiesel im großen Maßstab keine Lösung ist. Solarbetriebene Elektroautos sind sicher ein guter Schritt – in Kombination mit anderen Möglichkeiten, die den gesamten motorisierten Verkehr reduzieren und den Spieltrieb der Menschen auf anderes verlagern. Dazu gehören die verstärkte Orientierung auf lokale Produkte, Förderung von Fahrgemeinschaften und öffentlichem Verkehr, Reduktion der oft vom Auto abhängigen Erwerbsarbeit, Schaffung eines Images des Autos als Notlösung mit geringem Prestige – und in allererster Linie ein Ernstnehmen unmotorisierter Fortbewegung. Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub kritisiert die Investitionen ins Elektroauto. Er hält den guten Ausbau des Radwegenetzes für wichtiger.

Die als sauber gepriesenen Energiequellen sind dies in Wahrheit nur bedingt. So ist etwa hydraulische Energie sicher nicht als umweltfreundlich zu bewerten, wenn sie in Megastaudämmen gewonnen wird, für die viele Quadratkilometer Urwald überflutet und die ansässigen Menschen einfach vertrieben werden. Übers Internet ging das Foto eines Kayapó-Häuptlings um die Welt, der bitterlich weint, weil er gerade erfahren hat, dass sein Volk wegen eines

hydroelektrischen Megaprojekts aus seinem angestammten Gebiet vertrieben und der dortige Urwald dem uneingeschränkten Energiekonsum geopfert wird. Solche zerstörerischen Großprojekte werden mit der unkritischen Ausweitung von Elektroautos wahrscheinlich zunehmen.

Zudem werden für Autobatterien die Elemente Lithium und Kupfer benötigt, die etwa in den Anden mit immensem Wasserverbrauch abgebaut werden. Im Falle des Kupfers wird zudem Wasser vergiftet. Das Wasser braucht aber die lokale Bevölkerung zur Bewässerung der Felder sowie als Trinkwasser. Mit der Ausweitung der Elektroautos ist davon auszugehen, dass in stärkerem Maß Ressourcenkonflikte auftreten, wie sie beim Biodiesel bereits auf die vereinfachte Formel gebracht wurden: „Autos der Reichen kontra Brot der Armen“. In Ecuador gibt es schon heftige Proteste der indigenen Bevölkerung gegen wasserraubende Bergbauprojekte.

So, wie das Elektroauto propagiert wird, gewinnt man den Eindruck, das einzige Problem sei die Energieversorgung. Keine Rede ist etwa von Unfällen, deren Zahl kaum vom Antrieb abhängen dürfte. Vermutlich stellen Elektroautos sogar ein erhöhtes Risiko dar, da sie leiser sind und deshalb von anderen Verkehrsteilnehmern leichter überhört werden können. Umso wichtiger ist es, dass es ein flächendeckendes Netz von Wegen ohne Autos für Radfahrer und Fußgänger gibt, bevor weiter für das Elektroauto geworben wird.

Anmerkungen und weiterführende Links

- ▶ (1) Canzler, W.; Knie, G.: Einfach aufladen. Mit Elektromobilität in eine saubere Zukunft. oekom, München 2011.
- ▶ Artikel über Elektroautos (engl.): www.bbc.co.uk/news/business-19830232
- ▶ Position BUND Südlicher Oberrhein: www.bund.net/suedlicher-oberrhein/elektromobilitaet-elektroauto.html

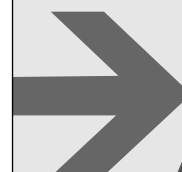
Der Ethnologe, Geograf und Biologe Gereon Janzing ist freier Autor und lebt auf Ibiza.

Kontakt: Tel. +34 / 60077151, E-Mail: aguila_l@arcor.de, www.gereon.es



Nachhaltigkeit

A-Z



B wie Begriffsentwicklung

Wohl kaum ein anderer Ausdruck hat in den vergangenen Jahren ähnlich Karriere gemacht wie „Sustainable Development“, im Deutschen übersetzt mit Nachhaltige Entwicklung. Doch wie kam es dazu? Wie ist der Begriff entstanden, wie hat er sich entfaltet und verbreitet? Und was ist davon zu halten, dass er in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend mit ökonomischen Zielen verbunden wird?

Michaela Hölz
Der Globetrotter Sustainable Development
 Auf den Spuren eines Leitbilds mit der Luhmannschen Systemtheorie als Landkarte
 Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit, Band 55
 214 Seiten, 24,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-406-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

Stadtentwicklung

Urbane Zukunft managen

Der B.A.U.M.-Bericht „Intelligent Cities“ gibt Anregungen, wie eine lebenswerte Stadt gestaltet sein sollte

Derzeit gibt es sieben Milliarden Menschen auf der Erde. Immer mehr ziehen in die Städte. Prognosen zufolge werden in den kommenden vier Jahrzehnten mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung in urbaner Umgebung wohnen. Damit deren Lebensmittelpunkt weiter lebenswert bleibt, müssen Städte nachhaltiger und effizienter werden. Technologien allein reichen dafür nicht. ■ VON MAXIMILIAN GEGE, B.A.U.M.

Städte und Regionen nehmen bei der Gestaltung zukünftiger Lebensräume sowie der Entwicklung von Umwelt und Klima eine Schlüsselfunktion ein. Bereits seit 2008 leben weltweit mehr Menschen in Städten als auf dem Land – und die urbanen Zentren wachsen mit rasanter Geschwindigkeit weiter. Bis zum Jahr 2050 werden von den dann voraussichtlich neun Milliarden Menschen weltweit circa 70 Prozent, das heißt über sechs Milliarden in Städten leben. Durch die massive Urbanisierung gewinnen Städte rund um die Welt besonderen Einfluss auf die Entwicklungen unserer Erde – auf Technologien, Gesellschaft, Unternehmen, soziale Interaktion, Flächen, Mobilität, Ressourcenkonsum, Klima, Lebensqualität und vieles mehr.

Zudem verursachen Städte schon heute rund 70 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen sowie Luft-, Wasser- und Umweltbelastung. Gleichzeitig sind sie durch den Klimawandel spezifischen Risiken ausgesetzt, die unter anderem negative Folgen für die Gesundheit der Menschen haben, zum Beispiel Hitze- und Kältetode. Anpassungs- und vor allem Vorsorgestrategien sind hier gefragt.

Für kommunale Entscheidungsträger sowie Bürgerinnen und Bürger ist es oftmals schwierig, Strategien und Maßnahmen auf dem Weg zu einer „Intelligent City“ zu entwickeln. Deshalb veröffentlichte der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) gemeinsam mit der Managementberatung Accenture den Bericht „Intelligent Cities – Wege zu einer nachhaltigen, effizienten und lebenswerten Stadt“. In dem Bericht, der Anfang 2013 auf einem Nachhaltig-

keitskongress in Hamburg präsentiert wurde, werden Vorbilder für praxisorientierte Lösungen gezeigt und die erforderlichen Schritte, die zu einer intelligenten Stadt führen, beschrieben. Die Lösungsansätze, erfolgreich umgesetzte Praxisbeispiele und Handlungsempfehlungen sollen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie alle, die regionale Entscheidungen treffen, auf dem Weg zu einer intelligenten Stadt unterstützen.

Wie definiert sich eine „intelligente Stadt“?

Neben Bezeichnungen wie „Smart City“, „Green City“ oder „Innovation City“ stößt man zunehmend auf den Begriff „Intelligent City“. Doch was zeichnet eine solche Stadt aus? Die genannten Begriffe werden meist sehr vage gehalten und lassen viel Raum für individuelle Vorstellungen und Wünsche – eine allgemeingültige, umfassende Definition ist bisher nicht gefunden. Im Bericht wird eine Stadt als intelligent bezeichnet, wenn sie gleichzeitig nachhaltig, effizient und lebenswert ist. Also weitaus mehr als nur nachhaltig, grün oder smart. Sie schließt alle Aktions- und Lebensräume ein, in denen sich die Akteure einer Stadt bewegen. Essenziell sind die Vernetzung und das Zusammenwirken der Akteure, Kompetenzen und vorhandener Lösungen.

Ganzheitliches Konzept

Der Weg zu einer nachhaltigen, effizienten und lebenswerten Stadt muss ganzheitlich betrachtet werden. Anregungen dafür fanden die Autoren des „Intelligent Cities“-

Berichts weltweit. Sie beleuchteten eine Vielzahl national und international bereits realisierter Projekte, Best- beziehungsweise Good-Practice-Beispiele sowie vorbildliche Maßnahmen zur Entwicklung von Städten. Aus der großen Themenvielfalt einer intelligenten Stadtentwicklung stellt der Report die folgenden vier Handlungsfelder heraus:

- ▶ Intelligente Energiekonzepte
- ▶ Intelligente Mobilität
- ▶ Intelligente Planung und Verwaltung
- ▶ Intelligente Wirtschaft, darunter Produktion und Konsum

Neben diesen Handlungsfeldern bezieht der Report folgende drei zentrale Querschnittsthemen ein:

- ▶ Informations- und Kommunikationstechnologien
- ▶ Bürgerbeteiligung
- ▶ Finanzierung durch neue innovative Finanzierungsmodelle

Die Praxisbeispiele haben gezeigt, dass sich die Aktivitäten einer intelligenten Stadtentwicklung – je nach Schwerpunkt und Ausprägung – in der Regel in diese Bereiche einteilen lassen. So entsteht ein integrativer, umfassender Ansatz, der über eine oft nur technologisch orientierte Betrachtung weit hinausgeht – denn Technologien allein sind nicht die Lösung. Sie bieten zwar enormes Potenzial, verursachen aber auch einen Großteil der Probleme. Deshalb ist ein ganzheitlicher Ansatz zwingend erforderlich. Genau das wollen die Autoren des Berichts ihrer Zielgruppe, den kommunalen Entscheidungsträgern, vermitteln.

Warum sind nicht alle Städte heute schon intelligent?

Viele Good-Practice-Beispiele scheinen leicht zu realisieren sein, doch ihre Umsetzung erfordert wichtige Voraussetzungen, die oft nicht gegeben sind. So ist zum Beispiel eine aktive Bürgerbeteiligung notwendig, um den Planungsprozess auf der einen Seite transparent zu gestalten und auf der anderen Seite aber auch eine höhere Akzeptanz der Bevölkerung für die getroffenen Entscheidungen zu erzielen. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien und das Web 2.0 können neue Formen der Bürgerbeteiligung unterstützen. Ein transparenter Umgang mit öffentlichen Verwaltungsdaten und eine effektive Kommunikation können zur Vereinfachung vieler Prozesse beitragen und Vernetzungen herstellen. Lösungsansätze

sind oft vorhanden und es mangelt nicht an Technologien oder Wissen, sondern oft an Kapital und einem flexiblen finanziellen Spielraum. Die zahlreichen vorbildlichen Praxisbeispiele und die interdisziplinäre Verknüpfung mit Finanzierungsinstrumenten zeigen vielfältige Möglichkeiten auf, um als Kommune oder Stadt auch diese Hürde überwinden zu können.

Bürgerinnen und Bürger ins Boot holen

Die Einwohnerinnen und Einwohner sind in jeder Hinsicht wichtige Akteure im Stadtgestaltungsprozess. Glaubwürdigkeit, Partizipation und Dialog sind bedeutsame Prinzipien, die hier beachtet werden müssen. Das A und O ist die Vernetzung aller Akteure, die am Entwicklungsprozess einer Stadt beteiligt sind. Die Rollen und der Nutzen für alle Beteiligten müssen frühzeitig geklärt werden und die Bürger sollten durch klare Kommunikationskonzepte und Stakeholderdialoge, also Gespräche zwischen unterschiedlichen Interessenvertretern, von Anfang an in die Projektplanung einbezogen werden. Ein detaillierter Organisationsplan hilft den Prozess zu strukturieren. Letztendlich verbindet eine gemeinsame Vision alle Akteure auf dem Weg zu einer Stadt, in der Menschen gern wohnen wollen.

Der Bericht „Intelligent Cities – Wege zu einer nachhaltigen, effizienten und lebenswerten Stadt“ ist ab Juni in der Langfassung auf Deutsch und Englisch sowie auf der Homepage unter www.intelligent-cities.net nachzulesen.

Der Betriebswirt und Nachhaltigkeitsexperte Prof. Dr. Maximilian Gege ist Mitgründer und Vorsitzender des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.).

Kontakt:

Tel. +49 (0)40 / 4907-1100,

E-Mail:

[maximilian.gege@](mailto:maximilian.gege@baumev.de)

[baumev.de,](http://baumev.de)

[www.baumev.de,](http://www.baumev.de)

www.intelligent-cities.net



Im Bericht genannte Städte

Aachen, Aalborg (DK), Adelaide (AU), Amsterdam (NL), Baar (CH), Baerum (NO), Berlin, Bielefeld, Bonn, Bottrop, Bremen, Bremerhaven, Bucaramanga (CO), Busan (KR), Cuxhaven, Daegu (KR), Darmstadt, Dnipropetrowsk (UA), Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt/Main, Freiburg, Friedrichshafen, Fujisawa (JP), Gelsenkirchen, Graz (A), Gurgaon (IN), Hamburg, Hamm, Hannover, Heidelberg, Houston (US), Hyderabad (IN), Incheon (KR), Karlsruhe, Köln, Kopenhagen (DK), Leipzig, Limburg (Provinz), Ljubljana (SLO), London (UK), Ludwigshafen, Lyon (FR), Maastricht (NL), Madaba (JO), Madrid (ES), Magdeburg, Mainz, Malmö, Malta, Mannheim, Maribor (SLO), Masdar (AE), Medellín (CO), Modellregion Harz, Modellregion Rhein-Neckar, Modellregion Rhein-Ruhr, Modena (IT), München, Münster, Neumarkt/Oberpfalz, New York (US), Norderstedt, Paignton (UK), Panzihua (CN), Paris (FR), Pecs (HU), Râmnicu Vâlcea (RO), San Francisco (US), Santander (ES), São Paulo (BR), Singapur (SG), Skolkovo (RU), Solingen, Stuttgart, Texel (Insel), Toronto (CA), Totnes (UK), Washington D.C. (US), Weierstadt, Wien (A)

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Wald

Politische Spielräume zwischen Baum und Borke



Der Wald liefert Nahrungsmittel und Rohstoffe, bietet Tieren und Pflanzen Lebensraum und ist der größte Klimaschützer der Welt. Gleichzeitig befindet sich der Wald in einer schwierigen Lage: Jede Sekunde fällt weltweit ein Hektar den Sägen zum Opfer und der Bioenergieboom steigert den Holzbedarf weiter. Mit der bewaldeten Fläche schwindet auch deren Potenzial, Kohlenstoffdioxid zu speichern. Eine andere, nachhaltige Waldpolitik ist jedoch möglich, wie beispielsweise ein Modell der Stadtforstbewirtschaftung zeigt, das Erholungssuche, Naturschutz und Holzertrag unter einen Hut bringt.

Mit Beiträgen von Martin Kaiser, Gesche Jürgens, Martin Levin, Pierre Ibsch, Jochen Flasbarth, Hans Bibelriether, Beate Jessel, Andreas Krug u.v.m.



Wald

politische ökologie (Band 132)
146 Seiten, 16,95 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-423-4

Erhältlich bei

www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

oekom
verlag

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Umweltbewusstsein**Zufriedener dank Recycling**

■ Wer aktiv durch Mülltrennen und Heizungregulieren die Umwelt schützt, ist zufriedener als Menschen, denen das egal ist. Das hat die vom WWF Schweiz in Auftrag gegebene Univox-Umwelt-Studie ergeben. Demnach fördert umweltbewusstes Verhalten die Lebenszufriedenheit. Allerdings nicht in jedem Bereich: Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder das Ausschalten von Stand-by-Geräten seien „neutral“ in Bezug auf Zufriedenheit. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/wwf-univox
- ▶ www.wwf.ch/gluecks-experiment

EU-Abfallpolitik**Grünbuch zu Plastikmüll**

■ 26 Seiten umfasst das Grünbuch der EU-Kommission zum Thema Kunststoffabfälle in der Umwelt. Gleichzeitig startete die Kommission eine öffentliche Konsultation, die bis zum 7. Juni läuft. Damit will die EU grundsätzliche politische Erwägungen anstoßen, wie mit Kunststoffen künftig umgegangen werden soll. Rund um deren Lebenszyklus sollen Risiken für Umwelt und menschliche Gesundheit abgewogen und die daraus erwachsenden Kosten ermittelt werden, damit Kunststoffe in Zukunft möglichst umweltverträglich hergestellt werden können. Auch die Bekämpfung von Plastikmüll im Meer ist ein Thema.

Das Grünbuch enthält Fakten zur Problembeschreibung, eine Übersicht bereits existierender Rechtsvorschriften und deren Umsetzungspraxis sowie einen Abschnitt zur internationalen Ebene. Des Weiteren gibt es Kapitel zu Recycling- und Verbraucherthemen sowie zum Produktdesign und unterschiedlichen Kunststoffarten, darunter biologisch abbaubaren. Am Ende jedes erklärenden Textes stehen offene Fragen.

Diese 26 Fragen sind auch Bestandteil der öffentlichen Konsultation zum Grünbuch. Hier geht es darum, ob und wie die geltenden Rechtsvorschriften angepasst werden sollten. Auch verbindliche Recyclingziele und wirtschaftliche Maßnahmen wie Deponieverbote, Steuern und mengenbezogene Abfallgebührenerhebung sollen diskutiert werden. Dazu kommen Fragen, wie Kunststoffe chemisch verbessert werden können, sodass sie recyclingfähiger und umweltfreundlicher werden. [jg]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/13/201)
- ▶ Grünbuch: www.kurzlink.de/kom2013-123
- ▶ Konsultation: www.kurzlink.de/kons-abfall2013

Abfallstatistik 2011**Müllberge bleiben hoch**

■ Die europäische Statistikbehörde Eurostat hat ausgerechnet, wie viel Müll die gut 500 Millionen EU-EinwohnerInnen im Jahr 2011 erzeugt haben. 503 Kilogramm (kg) Abfall pro Person sind durchschnittlich entstanden. Davon wurden 486 kg behandelt und zwar 37 Prozent deponiert, 23 Prozent verbrannt, 25 Prozent recycelt und 15 Prozent kompostiert.

Im Vergleich zum Vorjahr blieb das Abfallaufkommen etwa gleich hoch (2010: 502 kg pro Kopf). Die Deponierung hat um einen Prozentpunkt abgenommen, die Verbrennung um einen Prozentpunkt hinzugewonnen, Kompostierung und Recycling sind prozentual gleich geblieben.

Dänemark führt die Rangfolge der EU-Mitgliedstaaten beim Abfallaufkommen mit durchschnittlich 718 kg pro Person an. Luxemburg, Zypern und Irland folgen mit Werten zwischen 600 und 700 kg pro Person. Unter 400 kg Müll pro Kopf entstanden 2011 in Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Lettland, der Slowakei, Tschechien, Polen und Estland.

In Deutschland erreichte das kommunale Abfallaufkommen pro Person beinahe 600 Kilogramm: Eurostat ermittelte einen Wert von 597 kg für 2011, das sind 14 kg mehr als im Vorjahr. Das gesamte Müllaufkommen wurde behandelt: ein Prozent lan-

dete auf einer Abfalldeponie, 37 Prozent in der Verbrennung, 45 Prozent wurden recycelt und 17 Prozent kompostiert.

Die höchsten Anteile der Verbrennung kommunaler Abfälle wurden mit 54 Prozent in Dänemark verzeichnet. Deutschland recycelt europaweit am meisten. Österreich ist wieder Komposteuropameister mit 34 Prozent der behandelten Abfälle. [jg]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: STAT/13/33)

Europäisches Abfallverzeichnis**Überarbeitung im Gange**

■ Wann ist Abfall gefährlicher Abfall und wann ist er nicht gefährlich, vor allem im Vergleich mit dem existierenden Chemikalienrecht? Diesen Fragen gehen zurzeit in Brüssel ExpertInnen des Europäischen Arbeitskreises zur Revision des Europäischen Abfallverzeichnisses nach. Das Politikberatungsinstitut Ökopool hat im Auftrag des Umweltbundesamtes ein Kurzgutachten erstellt, in dem die für das Abfallrecht wesentlichen Elemente des neuen Chemikalienrechts zusammengefasst werden. Es geht dabei sowohl um Einträge, was zu gefährlichen Abfällen gehört, als auch um Kriterien der Einstufung. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/uba-oekopol-4439

Gefährliche Chemikalien**Wer steckt dahinter?**

■ Die Nichtregierungsorganisation ChemSec hat im März Informationen über Chemiekonzerne veröffentlicht, die besonders gefährliche Chemikalien in der EU vermarkten. Diese Unternehmen verdienen Geld mit Substanzen, die von Umweltverbänden auf der sogenannten SIN-Liste gesammelt wurden. Diese Stoffe sind krebserregend oder fruchtbarkeitsschädigend und gelten als besonders besorgniserregend. Trotz ihrer Schädlichkeit kommen sie in vielen Alltagsprodukten vor. Die SIN-

Liste existiert neben der offiziellen Kandidatenliste der EU-Chemikalienverordnung REACH. ChemSec hat Firmen ermittelt, die die meisten SIN-Chemikalien herstellen oder importieren und auch die Zahl der im Produktsortiment befindlichen Substanzen errechnet, die in der offiziellen REACH-Kandidatenliste (Stand Dezember 2012) stehen. Die Top-20-Liste führt demnach die Royal Dutch Shell mit 99 SIN-Stoffen und vier REACH-Kandidaten an, es folgen ExxonMobil mit 83 SIN- und drei REACH-Substanzen sowie Orlen (83 SIN-, ein REACH-Stoff). BASF befindet sich mit 45 SIN-Stoffen auf dem zwölften Platz, verwendet aber die meisten auch in der REACH-Kandidatenliste befindlichen Substanzen: insgesamt 18 Chemikalien.

ChemSec hat alle europäischen Firmen aufgelistet, von denen bekannt ist, dass sie besonders besorgniserregende Chemikalien vermarkten. Viele der Konzerne sind börsennotiert. Die Umweltverbände hoffen, dass Finanzinvestoren künftig überprüfen, welche Firmen gesundheitsgefährdende Chemikalien produzieren oder anbieten und danach entscheiden, wo sie Kapital anlegen. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/sin-producers
- ▶ ChemSec, P.o. Box 7005, SE-402 31 Göteborg, Schweden, Tel. +46(0)31 / 7110495, E-Mail: info@chemsec.org, www.chemsec.org, www.sinlist.org

Chemikalien 2020

Fahrplan für besonders besorgniserregende Stoffe

■ Die Generaldirektionen Umwelt und Unternehmen der EU-Kommission haben Pläne vorgelegt, wie die EU bis 2020 mit besonders besorgniserregenden Substanzen (SVHC) umgehen soll. Denn bis 2020 sollen alle relevanten SVHCs auf einer Kandidatenliste für potenzielle Verbote stehen.

In dem vorgelegten Dokument wird unter anderem definiert, was für Kriterien gelten, um einen SVHC-Stoff „relevant“ zu nennen. Im schlechtesten Fall schätzt die EU-Kommission die Zahl der Substanzen auf 440, die zwischen 2013 und 2020 den in der EU-Chemikalienverordnung REACH vorgeschriebenen Prozess der Bewertung durchlaufen könnten. Für mehr reichten eventuell die Kapazitäten nicht.

Der endgültige Fahrplan soll auf Risikomanagementoptionen aufbauen, klare Meilensteine und Ergebnisse festlegen und eine eindeutige Arbeitsteilung zwischen EU-Kommission, Mitgliedstaaten und der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) vornehmen.

Als SVHC gelten Stoffe, die eine besonders für den Menschen gefährliche Eigenschaft – krebserzeugend, erbgutverändernd

oder fortpflanzungsgefährdend – haben oder besonders gefährlich für die Umwelt – langlebig, sich in Organismen anreichernd und giftig – sind oder ähnlich besorgniserregende Eigenschaften aufweisen. [jg]

- ▶ SVHC-Fahrplan: www.kurzlink.de/5867/13

Internationale Chemikalienpolitik

UNEP rechnet „Kosten des Nichtstuns“ aus

■ Durch Pestizide, Gifte und Schadstoffe verlieren jedes Jahr Menschen ihr Leben oder ihre Gesundheit, werden Ökosysteme verseucht. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat in einem Bericht bisher verfügbare Studien und Daten zusammengefasst, die Folgekosten einer inaktiven umweltfreundlichen Chemikalienpolitik aufzeigen.

Obwohl die vorhandenen Daten bruchstückhaft sind, zeigen die UNEP-Analysen, dass die Kosten für mangelndes Chemikalienmanagement hoch sind. Die Weltgesundheitsorganisation berichtete beispielsweise für das Jahr 2004, dass weltweit 4,9 Millionen Todesfälle und 86 Millionen verlorener gesunder Lebensjahre (sogenannte DALY – disability-adjusted life years) auf

Briefe zur Interdisziplinarität

Geistes-, Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften, Kunst & Handwerk im Dialog

im oekom verlag, München. Mehr Informationen unter www.oekom.de/briefe-zur-interdisziplinaritaet



Andrea von Braun Stiftung

voneinander wissen



10

Schwerpunkt Heft 10:
Dharma, Science and Favela

Dezember 2012



Briefe zur Interdisziplinarität ist eine Publikation der Andrea von Braun Stiftung, Düsseldorf. Mehr Informationen zur Stiftung und ihren Zielen finden Sie unter www.avbstiftung.de

Kosten von Chemikalien gehen. In Europa haben 88 Prozent aller Hautkrankheiten und 36 Prozent aller Atemwegserkrankungen nachweislich mit Chemikalien zu tun. In den chinesischen Städten Peking und Chongqing sterben jedes Jahr rund 4.000 Personen an verschmutzungsbedingten Atemwegserkrankungen.

Teilweise haben die vom UNEP zusammengestellten Studien diese Effekte auch in Geld umgerechnet. Pestizidvergiftungen in Europa verursachen zum Beispiel 9,7 Millionen Euro Krankenhauskosten und 2,5 Millionen Euro durch verlorene Arbeitstage. Bei diesen Berechnungen sind viele Umwelteffekte noch nicht einmal einkalkuliert. Die TEEB-Studie (The Economics of Ecosystems and Biodiversity) der Vereinten Nationen schätzte 2008 die durch Chemikalien entstehenden Umweltkosten auf bis zu 4,5 Billionen US-Dollar jährlich. [jg]

- UNEP-Report (PDF, englisch, 88 Seiten): www.kurzlink.de/unesp-chemkosten

Chemikaliensicherheit

Mehr Schutz für Arbeitnehmer

■ Die Europäische Kommission will den Arbeitnehmerschutz vor gefährlichen Chemikalien verbessern. Dafür sollen fünf bestehende EU-Richtlinien über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und den Schutz von ArbeitnehmerInnen vor gefährlichen Chemikalien geändert werden. 2009 wurde mit einer Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen ein international einheitliches System der Vereinten Nationen für die Einstufung gefährlicher Chemikalien in europäisches Recht übertragen. Jetzt sollen die geltenden Bestimmungen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz mit dieser Verordnung in Einklang gebracht werden. Demnach müssten Hersteller und Lieferanten chemischer Stoffe und Gemische künftig Angaben über die Gefährdungsklasse der Chemikalien machen. [dh]

- www.europa.eu/rapid (Reference: IP/13/158)

Luftqualität

Kein Aufschub für Luftverpester

■ Die EU-Kommission hat gegen eine beantragte Fristverlängerung für die Einhaltung von Stickstoffdioxidgrenzwerten in 33 deutschen Städten Einwände erhoben. Unter anderem München, Berlin, Magdeburg, Dresden, das Ruhrgebiet, Köln, Hamburg und Stuttgart müssten dringend Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung in den Innenstädten einleiten. Wenn die Verantwortlichen nicht schnell etwas gegen die Überschreitung unternehmen, droht Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren. Für weitere 22 Städte genehmigte die EU-Kommission eine Fristverlängerung bis 1. Januar 2015. [jg]

- www.kurzlink.de/c-2013-900

Elektromagnetische Felder

Strahlung senken

■ Zurzeit wird in Deutschland über eine Novelle der Verordnung über elektromagnetische Felder verhandelt. Im Umweltausschuss des Bundestages forderte der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Dirk Becker, dass die Bevölkerung besser vor elektromagnetischer Strahlung geschützt werden müsse. Besonders gegen Langzeitwirkungen böten die bestehenden Grenzwerte keinen ausreichenden Schutz und müssten wie in anderen europäischen Ländern gesenkt werden. Kontrovers diskutierten Experten die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen niederfrequenter Strahlung und dem Auftreten von Leukämie bei Kindern gibt. BUND-Vertreter Wilfried Kühling bemängelte, dass es in der Novelle keine Anpassung an wissenschaftliche Erkenntnisse gebe. Er forderte einen Sicherheitsabstand zu Freileitungen von 600 Metern bei neuen Stromtrassen sowie eine Sanierungsklausel für Altanlagen. [jg]

- www.kurzlink.de/spd-pm-27022013
- www.kurzlink.de/hib-2013-02

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Dekontamination

Japan kämpft mit Strahlenlast

■ Zwei Jahre nach dem verheerenden Tsunami und dem Super-GAU in Japan kämpft das Land mit Bergen von Atom- und der Absicherung der havarierten Reaktorblöcke des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi. Zwar bemüht man sich allerorten um Dekontamination der verseuchten Zonen, doch Messungen würden manipuliert und Atommüll unsachgemäß gelagert, berichten die Berliner Morgenpost und die Schweizer Wochenzeitung. Teilweise würden abgetragene Bodenschichten in Plastiksäcken verscharrt. Auch die Entschädigungsfrage sei unzureichend geklärt. Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW rechnet mit bis zu 120.000 Krebserkrankungsfällen aufgrund der Atomkatastrophe. [jg]

- www.morgenpost.de/politik/article114220478
- www.woz.ch/-3703
- www.ippnw.de

Umweltschutz

Bolivien schützt riesiges Feuchtgebiet

■ Die Regierung von Bolivien hat im Februar fast sieben Millionen Hektar Land unter Schutz gestellt. Damit ist Llanos des Moxos das größte vollständig unter Naturschutz stehende Feuchtgebiet der Welt, meldet der Nachrichtenpool Lateinamerika. Der WWF übermittelte Glückwünsche – in diesem Gebiet leben mindestens 131 Säugetierarten, 568 Vogelarten, 102 Reptilienarten, 62 Amphibienarten sowie 625 verschiedene Arten von Fischen und mindestens 1.000 Pflanzenarten. [jg]

- www.npla.de/de/poanal/4182

Umweltverschmutzung

„Krebsdörfer“ in China

■ Laut dem britischen Rundfunksender BBC hat das chinesische Umweltministerium die Existenz von sogenannten „Krebsdörfern“ anerkannt. Jahrelang war über den Einfluss von Umweltverschmutzung in bestimmten Regionen spekuliert worden, AktivistInnen hatten den Anstieg von Krebserkrankungen bei der Bevölkerung in der Nähe von Fabriken und Wasserwegen beklagt. Spiegel Online nannte das „klare Statement der Regierung“ über die erhöhten Krebsraten bemerkenswert. Die Zahlen seien alarmierend, Krebs sei inzwischen die Haupttodesursache in China. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/bbc-21545868
- ▶ www.kurzlink.de/spiegel-885098

Klimawandel

Dürre – Weizenknappheit – Revolte?

■ Eine Studie des Washington Centre for American Progress und anderer Universitäten hat den Klimawandel als einen Auslöser für den arabischen Frühling erkannt, berichtete das Nachrichtenmagazin Spiegel Online im März. Klimawandel, Nahrungssicherheit, Migrationsbewegungen und politische Konflikte hingen eng zusammen. So habe eine verheerende Dürre im Winter 2010/2011 zu einem weltweiten Mangel an Weizen und damit immens gestiegenen Brotpreisen unter anderem in Ägypten geführt. In sieben der neun größten Weizenimportländer, die alle im Nahen Osten liegen, habe es 2011 blutige Unruhen gegeben. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/spiegel-887085

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

EU-Klimaschutz I

Grünbuch geplant

■ Die Diskussion über die Klima- und Energiepolitik nach 2020 gewinnt derzeit in Brüssel an Fahrt. Im Februar trafen sich die EU-Kommissare zu einer Orientierungsdebatte. Während einige Kommissare nur ein allgemeines Ziel für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen forderten, machten sich Klimakommissarin Connie Hedegaard und Energiekommissar Günther Oettinger für einzelne Ziele für CO₂-Emissionen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz stark. Auch Kommissionspräsident Barroso scheint einen solchen Dreiklang zu bevorzugen, sein Hauptanliegen bleibt aber die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Bis Ende März (nach Redaktionsschluss) will die EU-Kommission ein Grünbuch erarbeiten und darin mögliche Klima- und Energieziele zur Diskussion stellen. Schon in der zweiten Jahreshälfte sollen dann konkrete Vorschläge in einem Weißbuch zusammengetragen werden.

Zusammen mit der Klima-Allianz Deutschland hatte die EU-Koordination des DNR vor der Debatte an die Kommissare appelliert, ambitionierte Ziele für Treibhausgasemissionen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz nach 2020 voranzutreiben (umwelt aktuell 03.2013, S. 13). [dh]

- ▶ Protokoll der Orientierungsdebatte (engl.): www.kurzlink.de/com-pv2013-2035.pdf
- ▶ Klima-Allianz Deutschland und DNR EU-Koordination: www.kurzlink.de/ka-dnr-klimaziel2030

EU-Klimaschutz II

WWF-Studie ermittelt Klimaziele für 2030

■ 38 Prozent weniger Energie, 40 Prozent Erneuerbare, und nur noch die Hälfte der Treibhausgasemissionen von 1990: So kann und sollte Europa 2030 aussehen, heißt es

in einem Energieszenario des WWF vom Februar.

Darüber hinaus sollten die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent sinken und Europa zudem vollständig aus erneuerbaren Energien versorgt werden. Laut WWF hat die Studie nicht nur gezeigt, dass Europa über ein hohes ungenutztes Energiesparpotenzial verfügt, sondern auch, dass ein hoher Anteil Erneuerbarer dazu beiträgt, Energie günstiger und sicherer bereitzustellen. „Dies würde nicht nur die Folgen des Klimawandels mindern, sondern auch bis zu fünf Millionen Arbeitsplätze schaffen“, sagt Jason Anderson, Leiter der Klima- und Energiepolitik vom europäischen WWF-Büro. [sl]

- ▶ WWF-Studie: www.wwf2030.de

Emissionshandel

Kosmetik statt Klimaschutz

■ Ende Februar hat sich der Umweltausschuss des EU-Parlaments mehrheitlich für einen Kommissionsvorschlag zur Sanierung des europäischen CO₂-Emissionshandels (ETS) ausgesprochen. Die Zustimmung des Parlamentsplenums und des Ministerrats ist allerdings noch offen.

Durch das sogenannte Backloading sollen kurzfristig 900 Millionen Emissionszertifikate vom Markt genommen werden, um die Preisstabilität wiederherzustellen. Insgesamt gefährdet ein gewaltiger Überschuss an CO₂-Emissionszertifikaten die Preisstabilität und damit die Funktionsfähigkeit des ETS. Grund dafür ist die Krise der europäischen Wirtschaft seit 2009. Aber auch falsche Rahmenbedingungen wie zum Beispiel kostenlos zugeteilte Zertifikate trugen zum Preisverfall bei. Aus Sicht der Umweltverbände geht das Backloading daher nicht weit genug. Anstatt den gescheiterten ETS zu retten, müsse die EU verschärfte Klimaziele bis 2020 und verpflichtende Ziele bis 2030 beschließen, forderte Brook Riley von Friends of the Earth Europe.

Auch der Emissionshandel für den europäischen und internationalen Luftver-

kehr stand im Februar auf der Tagesordnung des Umweltausschusses. 2012 hatte die EU die Einbeziehung des internationalen Flugverkehrs in den ETS beschlossen, war damit aber auf heftigen Widerstand gestoßen. Die Abgeordneten stimmten zu, die umstrittene Maßnahme für ein Jahr auszusetzen. Statt eines Alleingangs hofft die EU jetzt auf einen Durchbruch für ein internationales Klimaschutzabkommen im Luftverkehr. [dh]

- ▶ Friends of the Earth Europe, Klima- und Energie-Campaigner Brook Riley, E-Mail: brook.riley@foeurope.org
- ▶ Kommissionsvorschlag zum Luftverkehr: www.kurzlink.de/ec-aviation2012-697

Treibhausgase I

Kampf gegen F-Gase

■ Die Europäische Union diskutiert neue Regeln für den Ausstoß von fluoridierten Treibhausgasen (F-Gase). Nachdem die EU-Kommission im November 2012 einen Verordnungsvorschlag vorgestellt hatte, veröffentlichte der niederländische Grünen-Abgeordnete Bas Eickhout im März seinen Parlamentsbericht zur Gesetzesinitiative. Darin fordert er unter anderem ein Verbot von fluorkohlenwasserstoffbasier-

ten Technologien in neuen Kühlanlagen. Auch bei der stufenweisen Verringerung der F-Gas-Emissionen von kommerziellen und industriellen Kühlgeräten fordert Eickhout Nachbesserungen: Emissionsrechte sollen stärker begrenzt und nicht mehr kostenlos vergeben werden.

Umweltverbände begrüßten den Bericht. „Nach dem enttäuschenden Vorschlag der EU-Kommission bietet dieser Bericht eine gute Grundlage für intensive Verhandlungen im Parlament“, erklärte die Klimareferentin des Europäischen Umweltbüros (EEB) Susanna Ala-Kurikka. Im Juni wird der EU-Umweltausschuss über den Bericht abstimmen. [dh]

- ▶ EEB, Energieexpertin Susanna Ala-Kurikka, Tel. +32 (0) 2 / 289 13 03, E-Mail: susanna.alakurikka@eeb.org
- ▶ Kommissionsvorschlag: www.kurzlink.de/KOM-FGasV0-2012

Treibhausgase II

Emissionen 2012 in Deutschland gestiegen

■ Erstmals seit einigen Jahren ist der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase 2012 in Deutschland wieder gestiegen. Das sagte

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) Ende Februar in einem Interview mit der FAZ. Demnach seien im vergangenen Jahr allein zwei Prozent mehr CO₂-Emissionen ausgestoßen worden. Grund dafür war der kalte Winter, aber auch der niedrige Weltmarktpreis für Kohle. Dieser habe dazu geführt, dass in Deutschland die Energieerzeugung aus Kohle wieder zugenommen habe. Endgültige Emissionswerte werden aufgrund der komplizierten Erfassung erst für Ende des Jahres erwartet. [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/faz-altmaier19-02-13

EU-Fördergelder

Wird CCS-Technologie bevorzugt?

■ In der zweiten NER300-Förderrunde könnten erneuerbare Energien zugunsten von CCS-Projekten vernachlässigt werden. In der ersten Förderrunde flossen rund 1,5 Milliarden Euro ausschließlich in die Förderung innovativer Projekte und Technologien im Bereich der Erneuerbaren Energien. Einige Mitgliedstaaten fordern jetzt eine Priorisierung der CCS-Technologie.

Mit dem Förderinstrument NER300 stellt die EU Erlöse aus der Versteigerung



Global Player auf dem Prüfstand

Nachhaltigkeitsberichte großer Unternehmen sind bunt und schön – doch wo steckt ernsthaftes Engagement dahinter und was ist nur „Greenwashing“? Die „grüne“ Ratingagentur oekom research beurteilt seit 20 Jahren die Nachhaltigkeit von Unternehmen. Ihr Report definiert dafür sieben große Herausforderungen und zeigt, was die Global Player dazu beitragen, diese zu bewältigen. Er analysiert für verschiedene Branchen, welche Rolle soziale und ökologische Ziele spielen und benennt die jeweils besten Unternehmen.

oekom research (Hrsg.)
Globale Geschäfte – globale Verantwortung
 Wie die Global Player die großen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung meistern

148 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-418-0
 Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



von 300 Millionen CO₂-Emissionszertifikaten für die Förderung innovativer CO₂-armer Technologien bereit. Die Förderung kostspieliger CCS-Projekte könnte die zur Verfügung stehenden Fördergelder aber aufbrauchen und kaum Spielräume für Projekte im Bereich erneuerbare Energien lassen. [dh]

► www.kurzlink.de/ec-dgclima-ner300

Energiewende

Mehr als eine Preisdebatte – ökosoziale Lösung möglich

■ Die Energiewende kann bis zu einer Billion Euro kosten. Mit dieser Aussage hatte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) Ende Februar die Preis- und Kostendebatte über das Großprojekt befeuert. „Wer die Diskussion über die Energiewende als eskalierende Preisdebatte führt, spielt mit der Zustimmung der Bevölkerung“, hielt ihm der frühere Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) entgegen. Als Schirmherr eines breiten Bündnisses von Sozial- und Verbraucherverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Umweltorganisationen, die sich auf Initiative der Klima-Allianz Deutschland zusammengeschlossen hatten, macht er sich für eine sozial gerechte Energiewende stark. Unter dem Titel „Gemeinschaftswerk sozial gestalten“ stellte das Bündnis am 6. März ein gemeinsames Positionspapier vor und forderte die Spitzenkandidaten der Parteien zu einem Dialog auf.

Das Bündnis will zeigen, dass sich die soziale und die ökologische Dimension der Energiewende nicht ausschließen. „Die Energiewende macht Strom nicht teurer, sondern ist eine Versicherung gegen Preissteigerungen in der Zukunft. Jetzt sind Anfangsinvestitionen nötig, die gerecht verteilt werden müssen“, sagte Damian Ludewig, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Sprecher der Klima-Allianz. Tatsächlich profitieren energieintensive Unternehmen von starken Vergünstigungen. Eine von der

Bundestagsfraktion Die Linke in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass Entlastungen für energieintensive Unternehmen 2013 auf rund 16 Milliarden Euro ansteigen.

Auch Altmaiers Billionen-Schätzung konnte das FÖS in einer Kurzanalyse widerlegen. Die Energieexperten des FÖS zeigen in der Studie Rechenfehler des Umweltministers auf und beziffern die direkten Mehrkosten der Energiewende bis Ende der 2030er-Jahre auf 203 Milliarden Euro. Altmaiers Antwort ließ nicht lange warten: Via Twitter holte er zum Rundumschlag gegen die aus seiner Sicht „dümme“ Studie seit Langem aus. Begründen wollte er diese Aussage indes nicht. [dh]

- Positionspapier: www.kurzlink.de/ka-sozialeEW2013.pdf
- www.kurzlink.de/studie-ener-rabat-13 www.kurzlink.de/foes-enerkosten0313

Netzentgeltbefreiung

Kommt das Ende des Stromkostenprivilegs?

■ Energieintensive Unternehmen sind in Deutschland von den Kosten für die Nutzung der Stromnetze befreit. Die EU-Kommission will diese Regelung jetzt prüfen und kündigte ein Beihilfeverfahren gegen die Bundesrepublik an.

2011 hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung die Netzentgeltbefreiung für große Stromverbraucher beschlossen und diese somit von der Finanzierung der Stromnetze ausgenommen. Verbraucherverbände und Energieunternehmen hatten bei der EU-Kommission Beschwerde gegen diese Regelung eingelegt.

Nach einer Klage von fünf regionalen und überregionalen Netzbetreibern machte gleichzeitig auch das Oberlandesgericht Düsseldorf in einer mündlichen Verhandlung deutlich, dass es die Netzentgeltbefreiung für verfassungswidrig und damit für nichtig halte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesumweltminister Peter Altmaier reagierten auf die Entscheidungen und kün-

digten eine schnelle Reform der Netzentgeltverordnung an. Ob die Ausnahmeregelung für stromintensive Unternehmen dabei ganz gestrichen oder ein anderer Weg der Besteuerung gesucht wird, ließen beide aber noch offen. [dh]

- www.kurzlink.de/ec-beih-de-netz03-13
- www.kurzlink.de/olg-ddorf-netz-03-13

Ökodesign

Neue Regeln für Computer und Server

■ Ende Februar hat ein Komitee der EU-Mitgliedstaaten neue Ökodesign-Anforderungen für Computer und Server beschlossen. Das berichtete der Umweltinformationsdienst ENDS. Demnach sollen ab Juli 2014 Desktopcomputer der Energieeffizienzklasse A jährlich nur noch 133 statt 148 Kilowattstunden Strom verbrauchen. Weitere Bestimmungen betreffen zum Beispiel den Energieverbrauch von Notebooks im Stand-by-Modus. Bevor die neuen Regeln in Kraft treten, müssen sie noch vom EU-Parlament überprüft werden. [dh]

- www.kurzlink.de/ecodesign-pc-com2013

Energieeffizienz

Energiesparziele ade?

■ Die schwarz-gelbe Regierungskoalition gibt die EU-Energiesparziele offenbar endgültig auf. Das geht aus einem internen Eckpunktepapier der Bundesregierung hervor, das dem DNR vorliegt. Anstelle der geplanten Reduzierung des Primärenergieverbrauchs von 2008 um 20 Prozent bis 2020, will das federführende Wirtschaftsministerium demnach nur noch Energieeinsparungen von etwa zwölf Prozent zusagen. Darüber hinaus will sich die Bundesregierung Maßnahmen wie zum Beispiel Lkw-Maut, Netzentgelte und EEG-Umlage bei der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie anrechnen lassen, ►

um keine weiteren Effizienzmaßnahmen ergreifen zu müssen. [dh]

- DNR, Energieexpertin Stefanie Langkamp, Tel. +49 (0) 30 / 6781775-79, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de

Biokraftstoffe

Rat verweigert Kampf gegen grüne Klimakiller

■ Die EU-Kommission hat Lösungsvorschläge für das Problem der indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC) bei der Produktion von Biokraftstoffen vorgelegt. Bei einer Sitzung der EU-Energieminister Ende Februar stießen die Reformpläne aber auf großen Widerstand.

Mit der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und der Kraftstoffqualitätsrichtlinie legte die EU 2009 fest, dass bis 2020 zehn Prozent der europäischen Kraftstoffe aus erneuerbaren Quellen kommen sollen. Laut neuem Richtlinienvorschlag darf der Anteil von Biokraftstoffen aus Nahrungspflanzen daran nur noch fünf Prozent betragen. Dadurch sollen indirekte Landnutzungsänderungen verringert werden, die Treibhausgasemissionen freisetzen. Der sogenannte ILUC-Effekt beschreibt die Verdrängung von Nahrungs- und Futtermittelanbau durch Energiepflanzen. Neben der Fünf-Prozent-Deckelung schafft der Vorschlag eine Berichts-, aber keine Rechenschaftspflicht für Biokraftstoffproduzenten über ILUCs. Im Energieministerrat stießen diese Vorschläge auf heftige Kritik.

Umweltverbände warfen den Mitgliedstaaten vor, den ohnehin schon schwachen Vorschlag der EU-Kommission weiter zu verwässern. Maßnahmen zur Bekämpfung von Emissionen aus ILUCs seien gar nicht erst vorgesehen, kritisierte die Agrarreferentin des Europäischen Umweltbüros (EEB) Faustine Defossez. [dh]

- EEB, Faustine Defossez, Tel. +32 (0)2 / 790 88 14, E-Mail: faustine.defossez@eeb.org
- EEB-Positionspapier: www.kurzlink.de/pp-ILUC-2013.pdf

Bioenergie

Potenziale in den Bundesländern

■ Im Februar hat die Agentur für Erneuerbare Energien einen neuen Potenzialatlas „Bioenergie in den Bundesländern“ vorgestellt. Der Atlas bietet einen Überblick über die bisherige Bioenergienutzung und analysiert die Ausbauziele für Bioenergie in den Bundesländern. Außerdem werden verschiedene Szenarien für Bioenergiepotenziale in einzelnen Regionen entworfen. [dh]

- www.unendlich-viel-energie.de

Fracking I

Bundesregierung plant Fracking-Erlaubnisgesetz

■ Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) haben Ende Februar einen Vorschlag zur Förderung von Schiefergas (Fracking) vorgelegt. Der Entwurf beinhaltet Änderungsvorschläge zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Betroffen sind die UVP-Verordnung für den Bergbau (UVP-V Bergbau) und das Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Erkundungs- und Genehmigungsmaßnahmen von unkonventionellen Gasvorkommen mittels Fracking in Wasserschutzgebieten sollen danach ausgeschlossen werden. Eine abgestimmte Vorgehensweise zur transparenten Ermittlung der Umweltauswirkungen ist in dem Vorschlag nicht vorgesehen. Der BUND kritisierte die Vorschläge als „Beruhigungspille“. Es sei ein bundesweites Verbot nötig, da Fracking als Hochrisikotechnologie unabsehbare Folgen für die Umwelt hätte.

Um die Änderung der UVP-V Bergbau zu verabschieden, wird die Zustimmung des Bundesrats benötigt. Dieser hatte schon im Dezember einen Änderungsentwurf beschlossen, der in mehreren Punkten vom Vorschlag der Bundesminister

abweicht. Auch eine Änderung des WHG muss zunächst dem Bundesrat vorgelegt werden. Zahlreiche Umweltverbände mobilisieren gegen das geplante Frackinggesetz, die Kampagnenorganisation Campact sammelt derzeit Unterschriften für einen Appell gegen Schiefergasbohrungen. [aw]

- BMU: www.kurzlink.de/bmu_themen_fracking
- Vergleich Gutachten-Ministervorschlag: www.kurzlink.de/ggsc_info_fracking
- BUND: www.kurzlink.de/reaktion_BUND
- www.campact.de/fracking/stoppen

Fracking II

Polen möchte UVP-Richtlinie umgehen

■ Polens Regierung hat laut Umweltinformationsdienst ENDS Europe daily im Februar einen neuen nationalen Gesetzesentwurf zur Schiefergasförderung (Fracking) vorgestellt und eine Konsultation dazu geschaltet. Um das Genehmigungsverfahren für Fracking zu vereinfachen und preiswerter zu gestalten, sieht demnach die polnische Regierung Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVPs) nur für Schiefergasschächte ab einer Länge von 5.000 Metern vor.

Viele Aufschlussbohrungen könnten somit ohne UVP genehmigt werden. Außerdem wäre eine einmalige UVP ausreichend und weitere Genehmigungen nicht notwendig, selbst wenn sich die Pläne bezüglich der Tiefe der Bohrung oder anderer Details ändern würden. Bis Mitte März können alle Hauptakteure zu den Vorschlägen Stellung beziehen.

Das Polish Geological Institute (PGI) sieht Fracking als harmlos für die Umwelt an. Laut Umweltkommissar Janez Potočnik hat die Europäische Kommission allerdings bereits ergänzende Untersuchungen angeordnet. Die Kommission will in diesem Jahr einen Rahmen für einen sicheren Abbau von Schiefergas erarbeiten. [aw]

- EU-Kommission guidance document (engl.): www.kurzlink.de/guidance-fracking

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Verbraucherinformation**Mogelpackung gegen Etikettenschwindel**

■ Künftig können Behörden schneller über die Hersteller falsch deklarerter Waren informieren. Ende Februar stimmte der Bundestag über eine entsprechende Änderung des Lebens- und Futtermittelgesetzbuchs ab. Allerdings heißt es in der Novelle nicht, die Behörden „müssen“ informieren, sondern „sollen“.

Bisher galt die Auskunftsoption nur für den Fall, dass die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gefährdet war. Nach der Gesetzesänderung ist es möglich, den Namen von Etikettenschwindlern zu veröffentlichen, wenn der „hinreichende Verdacht besteht“, dass „in nicht unerheblichem Maß“ gegen die Kennzeichnungspflicht verstoßen wurde.

Verbraucherschutzverbände befürchten, dass das Gesetz durch diese Einschränkungen wirkungslos bleibt. Der Ermessensspielraum werde zu Zögern und Zaudern bei den Behörden führen, kritisierte Jutta Jaksche vom Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV). Nach wie vor müssten die Behörden prüfen, ob das öffentliche Interesse oder das Betriebsgeheimnis des betroffenen Unternehmens überwiegt, moniert Foodwatch. Die Verbraucherorganisation fordert, aus der Soll-eine Mussbestimmung zu machen. [mbu]

- ▶ Änderung Lebens- und Futtermittelgesetzbuch: www.kurzlink.de/lfgb-novelle03.2013
- ▶ www.vzbv.de
- ▶ www.foodwatch.de

Verbraucheraufklärung**Bündnis will Kinder schulen**

■ Schon die jüngsten Konsumentinnen und Konsumenten sollen lernen, ihr Ess- oder Einkaufsverhalten kritisch zu hinter-

fragen. Wie das gelingen kann, darum will sich das Bündnis für Verbraucherbildung kümmern, das im März gegründet wurde. Die Initiative dafür ging von der Deutschen Stiftung Verbraucherschutz (DSV) aus. Die Stiftung wurde 2010 vom Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) ins Leben gerufen.

Wo kommt das T-Shirt her, das ich trage, was steckt in dem Schokoriegel, den ich gern esse und worauf muss ich achten, wenn ich im Internet surfe? Solche Fragen im Bildungssystem zu verankern, ist ein Ziel der Initiative. Unterstützt wird die Verbraucherbildung vom Bundesverbraucherministerium, aber auch von Einzelhandelsunternehmen oder Fast-Food-Restaurants.

Man dürfe die Ernährungsbildung von Kindern nicht der Lebensmittelindustrie überlassen, kritisierte Foodwatch. Da werde der Bock zum Gärtner gemacht, sagte Anne Markwardt von der Verbraucherorganisation. [mbu]

- ▶ Bündnis für Verbraucherbildung: www.verbraucherstiftung.de/verbraucherbildung/buendnis-fuer-verbraucherbildung

Lebensmittelverschwendung**Gemeinsam Essen mal anders**

■ Als Weiterführung des Foodsharings (umwelt aktuell 02.2013, S. 15) werden beim Mealsharing Mahlzeiten statt Lebensmittel geteilt. Beide Initiativen wollen, dass keine Nahrung auf dem Müll landet. Die derzeit 600 Mitglieder können auf der dazugehörigen Internetplattform entweder als Gast eine Anfrage für ein Essen an den potenziellen Gastgeber schicken oder selbst eine Mahlzeit jeglicher Art anbieten. Der Initiator Jay Savsani setzt mit der Plattform auf ein Miteinander: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen das gemeinsame Essen genießen und zusätzlich neue Kontakte knüpfen. Derzeit findet Mealsharing in über 125 Städten statt, langfristig hofft die Initiative auf Mitglieder in der ganzen Welt. [hk]

- ▶ www.mealsharing.org

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarpolitik**Grüne Landwirtschaft bleibt Zukunftsmusik**

■ Die EU-Agrarminister und das EU-Parlament haben im März ihre Position für die Verhandlungen über die künftige EU-Agrarpolitik in den kommenden Monaten festgelegt. Beide Institutionen schwächten mit ihrem Votum die Pläne der EU-Kommission für eine ökologisch und sozial gerechtere Agrarwende ab. Weniger Monokulturen und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft bleiben vorläufig Wunschvorstellungen.

Der Entwurf für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik von EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș sieht vor, die wichtigste Subventionsart, die Direktzahlungen, auf 300.000 Euro pro Betrieb zu begrenzen. Dafür beschloss das Parlament Ausnahmeregelungen, von denen nach wie vor Großbetriebe profitieren könnten, die sehr viel Fläche bewirtschaften. Das Agrarbudget ist mit gut 58 Milliarden Euro pro Jahr der größte Posten im EU-Haushalt.

Auch der Kommissionsvorschlag, dass sieben Prozent der Äcker „im Umweltinteresse“ genutzt werden sollen, blieb auf der Strecke. Auf diesen sogenannten ökologischen Vorrangflächen könnten zum Beispiel Wildblumen oder Hecken wachsen. Sie könnten auch einfach brachliegen. Die Abgeordneten beschlossen, zunächst nur drei, ab 2016 dann fünf Prozent der Agrarfläche so umzuwidmen. Zudem sollen Betriebe bis zu zehn Hektar von dieser Regelung ausgenommen werden.

Die geplante Vorschrift, umweltschädliche Monokulturen zu verhindern, indem Bauern mindestens drei Fruchtarten anbauen sollten, gilt nach dem Votum des Parlaments nun erst für Betriebe ab 30 Hektar.

Das Europäische Umweltbüro lobte zwar, dass die „schlimmsten Verschlechterungen“, die der Agrarausschuss des Parlamentes im Januar beschlossen hatte,

DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!



GÜNSTIGES PROBEABO

Zwei Ausgaben für nur 19,- Euro
statt 34,80 Euro (inkl. Versand
in Dtl.)

Die Zeitschrift *Ökologisches
Wirtschaften* schließt die Lücke
zwischen Theorie und Praxis
einer nachhaltigen Gestaltung
der Wirtschaft.

**JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!**

Bestellung an: abo@oeekom.de

Leseprobe, Informationen zur
Zeitschrift und Abobedingungen:
www.oekologisches-wirtschaften.de

oeekom
verlag

korrigiert wurden. Aber die Parlamentarierinnen und Parlamentarier hätten es nicht geschafft, die Agrarpolitik künftig umweltfreundlicher zu gestalten als sie jetzt ist.

Aus Sicht von EuroNatur ist es positiv, dass die Abgeordneten eine neue Weichenstellung für die EU-Agrarpolitik beschlossen haben. Die Mehrheit sprach sich dafür aus, dass immerhin 30 Prozent der Direktzahlungen künftig an eine ökologischere Bewirtschaftung gebunden werden sollen.

Dies hob auch der BUND hervor, fordert aber gleichzeitig, dass diese Auflagen verschärft werden. Nur so könnten sie wirksam für die Umwelt sein. Die Bundesländer hätten bei der Umsetzung der EU-Agrarreform einen gewissen Spielraum. Sie könnten einen größeren Teil der Subventionen für Agrarumweltmaßnahmen einsetzen als bisher.

Der NABU bezeichnete die Abstimmung als „widersprüchlich“. Das Parlament sei seiner hohen Verantwortung den 500 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürgern nur teilweise gerecht geworden. Falls das Greening nicht verbessert werde, müsste über die vollständige Streichung sämtlicher Direktzahlungen diskutiert werden.

Die Umweltverbände hoffen, dass bei den anstehenden Verhandlungen mit den EU-Agrarministern und der Kommission noch echte Verbesserungen durchgesetzt werden können. Dafür ist weiterhin das Engagement der Zivilgesellschaft erforderlich. Deren Protest hat aus Sicht der Verbände die schlimmsten Beschlüsse des Agrarausschusses im Parlamentsplenum verhindert.

Die Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament werden voraussichtlich bis zum Sommer dauern. Am 11. April ist das erste Treffen zwischen Rat und Parlament geplant. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament Martin Häusling forderte bereits, die Agrarreform in zwei Jahren zu überprüfen. Die Erfahrungen früherer Agrarreformen zeigten, dass die Ursprungsidee später doch noch realisiert werden könne. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-parl-agrarref2013
- ▶ www.kurzlink.de/eu-rat-agrarref2013
- ▶ www.eeb.org

- ▶ www.euronatur.org
- ▶ www.bund.net
- ▶ www.nabu.de
- ▶ www.martin-haeusling.eu

Grüne Agrarwende

Votum der Zivilgesellschaft

■ Vor der Abstimmung der EU-Abgeordneten über die Agrarreform im März hat es zahlreiche Aktionen von Nichtregierungsorganisationen gegeben. So fand am Tag vor der Plenumsdebatte am 12. März der Europäische Aktionstag statt, an dem Umwelt- und Erzeugerverbände dazu aufriefen, eine Agrarwende einzuläuten.

Zuvor hatten 25 europäische Umweltverbände, darunter BUND, Euronatur, NABU und der WWF eine Onlineaktion für eine echte Reform der europäischen Agrarpolitik gestartet. Bürgerinnen und Bürger konnten über die Webseite direkt an ihre Vertreter im EU-Parlament schreiben, welches Abstimmungsverhalten sie sich wünschten.

Zudem hatten Ende Februar 276 Umwelt- und Agrarverbände aus allen EU-Mitgliedstaaten, darunter auch der Deutsche Naturschutzring (DNR), einen offenen Brief an die EU-Parlamentarier geschickt, in dem sie diese aufforderten, die „rückwärtsgewandten Vorschläge des Agrarausschusses zurückzunehmen“. [mbu]

- ▶ Europäischer Aktionstag:
www.kurzlink.de/aktionstag-agrarref
- ▶ Online-Petition zur Agrarreform:
www.kurzlink.de/onlinepet-agrar2013
- ▶ Offener Brief zur Agrarreform:
www.kurzlink.de/agrarref-brief.2013

Agrarsubventionen

EU-Kommission fordert Millionensumme zurück

■ Weil sie die Gelder nicht ordnungsgemäß verwendeten, hat die Europäische Kommission Ende Februar 414 Millionen

„Da wachsen Pferden irgendwann Hörner und sie landen als Rind im Fertigprodukt.“

Gut die Hälfte der deutschen Puten und Hähnchen und fast ein Drittel der Schweine werden in Niedersachsen gezüchtet. Die Massentierhaltung gilt als eine Ursache für zahlreiche Lebensmittelskandale. Eine EU-weite Koordination der Kontrollen und eine Herkunftskennzeichnung seien überfällig, sagt Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer.

umwelt aktuell: Angesichts des jüngsten Etikettenschwindels um Bioeier und Pferdefleisch wurde in Deutschland und der EU wieder Aktionismus verbreitet. Reichen aus Ihrer Sicht eine strengere Kennzeichnung aus, wie sie die EU-Agrarminister fordern, oder mehr Kontrollen wie sie Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner anmahnt?

Christian Meyer: Wir brauchen auf europäischer und Bundesebene eine stärkere Koordination der Überwachung internationaler Handelsströme, wie insbesondere der Pferdefleischskandal zeigt. Da wachsen Pferden aus Rumänien über Zypern, Frankreich, Großbritannien irgendwann Hörner und sie landen als Rindfleisch in Fertigprodukten in Deutschland. Hier brauchen wir EU-weit einen Abgleich der Daten und eine Task-Force zur Aufspürung von Lebensmittelkriminalität im grenzüberschreitenden Handel. Eine Herkunftskennzeichnung auch bei Fertigprodukten ist überfällig. Es ist gut, dass Frau Aigner hier ihre Blockade eingestellt hat. Mehr risikoorientierte Kontrollen wollen wir auf Landesebene durch Umstellung der Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen auf Gebühren- statt Steuergeldfinanzierung ermöglichen.

Ein Problem sind die unglaublich weiten Wege, die zum Beispiel eine Tiefkühlhasagne zurücklegt, bis sie auf dem Teller der Verbraucher landet. Die Zwischenhändler und die Zutaten sind völlig intransparent. Was ist hier notwendig?

Eine Herkunftsangabe für die Zutaten in Lebensmitteln würde den Verbrauchern die Entscheidung ermöglichen, sich für oder gegen „weit gereiste Produkte“ zu entscheiden. Allein die Offenlegung der Herkunft der Rohstoffe könnte die Lebensmittelunternehmen motivieren, mehr Gewicht auf regionale Produkte zu legen. Dadurch könnten sie einen Anreiz dafür schaffen, die ständig wechselnde Herkunft der Rohstoffe allein aufgrund des Preises zugunsten einer steten Qualität einzudämmen. Damit würden sich die Handelswege mit Lebensmitteln künftig beruhigen und wieder übersichtlicher und dadurch auch besser nachvollziehbar werden – zum Beispiel im Rahmen der Rückverfolgung. Wir brauchen hier eine bessere Kennzeichnung für die Verbraucher und

übrigens auch der Haltungsform. So soll nach dem Willen der rot-grünen Bundesländer in Zukunft auch bei verarbeiteten Eiern beispielsweise in Kuchen oder Nudeln ausgewiesen werden, ob die Hühner im Käfig, auf dem Boden oder im Freiland gehalten wurden.

Das Verbraucherinformationsgesetz, das die Konsumentenrechte stärken soll, könnte Abhilfe schaffen. Da die Behörden aber nicht verpflichtet sind, die Firmen, die für einen Lebensmittelskandal verantwortlich sind, beim Namen zu nennen, gilt das Gesetz vielen als zahloser Tiger. Wie sieht es mit der Auskunftspflicht in den zuständigen niedersächsischen Landesbehörden aus?

Wir sehen große Mängel beim Verbraucherinformationsgesetz und wollen daher ein eigenes Landestransparenzgesetz für alle umwelt- und verbraucherrelevanten Daten schaffen. Das soll den Bürgerinnen und Bürgern einen möglichst unkomplizierten Zugang ermöglichen. Bisher müssen Verbraucher für eine Information nach dem Verbraucherinformationsgesetz einen Antrag stellen. Die Erfahrung zeigt, dass viele Verbraucher diesen Aufwand scheuen und deshalb diese Informationsmöglichkeit wenig nutzen. Wir wollen daher von uns auch die Verbraucher zeitnah informieren und zum Beispiel auch die Verbraucherzentralen stärken.

Wie wollen Sie die Information verbessern?

Zusammen mit den anderen rot-grün geführten Ländern haben wir zur letzten Änderung des Lebens- und Futtermittelgesetzbuchs (LFGB) eine Entschließung durch den Bundesrat gebracht. Darin wird der Bund aufgefordert, die verschiedenen Regelungen zur Verbraucherinformation im Rahmen der Gefahrenabwehr und der aktiven Informationstätigkeit der Behörden so zu überprüfen, dass ein schlüssiges Konzept zur Verbraucherinformation in der Rechtsetzung wiederspiegelt wird. Meine Absicht ist, klare und anwendbare Regelungen zu erreichen, die den Behörden erlauben, alle für Verbraucher aus Gründen des Gesundheitsschutzes und des Täuschungsschutzes wichtigen Informationen schnell und unter Nennung des Lebensmittelunternehmers auch veröffentlichen zu können.

Im März hat das EU-Parlament über die Reform der Agrarpolitik abgestimmt. Nun folgen die Verhandlungen mit den EU-Agrarministern. Umweltverbände fordern vom Bundeslandwirtschaftsministerium, die Pläne der EU-Kommission für eine Agrarwende in der EU zu unterstützen. Was ist Ihre Position?

Ich trete dafür ein, die Ziele der EU-Agrarreform nicht zu verwässern und die Gemeinsame Agrarpolitik ökologischer und gerechter zu machen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass aus dem Greening kein Greenwashing wird – also echte Umwelleistungen in den landwirtschaftlichen Betrieben realisiert werden. Insbesondere die Agrarumweltmaßnahmen will ich stärken. Angesichts der großen Herausforderungen und der knappen Mittel sind dafür Umschichtungen von der 1. Säule, also den Direktzahlungen, in die 2. Säule, das sind die Mittel zur Entwicklung der ländlichen Räume, notwendig.

Bisher verteidigt Ministerin Aigner die Agrarsubventionen für deutsche Bauern und Konzerne. Kann Niedersachsen hier Einfluss nehmen?

Niedersachsen wird seinen Einfluss für bäuerliche Betriebe, für Degression und Kappung der Agrarsubventionen und für eine Steigerung des Anteils der Agrarumweltmaßnahmen sowohl für konventionelle als auch ökologische Betriebe ausüben. Es gibt einen breiten Wunsch der Gesellschaft nach einem Umsteuern der Subventionen im Sinne einer Agrarwende. Das Prinzip lautet: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen wie Umwelt-, Tier- und Gewässerschutz.

[Interview: Marion Busch]

Der Diplomsozialwirt und Grünen-Politiker Christian Meyer ist seit Februar niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Kontakt:
 Pressestelle, Tel. + 49
 (0)511 / 120-2137, www.
 ml.niedersachsen.de



Euro von 22 Mitgliedstaaten zurückverlangt. Die Summe fließt wieder in den EU-Haushalt. Den höchsten Betrag über 129,4 Millionen Euro muss das Vereinigte Königreich für England und Nordirland zurückzahlen. Von Deutschland werden 3,7 Millionen Euro wiedereingezogen. Hauptgründe für die Rückforderung sind unzureichende Kontrollverfahren und die Nichteinhaltung von EU-Vorschriften über die Agrarausgaben. Die Mitgliedstaaten sind für die Auszahlung und Prüfung der Ausgaben zuständig. Die EU-Kommission stellt sicher, dass die Mitgliedstaaten die Mittel vorschriftsmäßig verwenden. [mbu]

- Rückforderung Agrarsubventionen: www.europa.eu/rapid/press-release_IP-13-160_de.htm

Pestizide

Verbot von Neonikotinoiden verschoben

■ Im zuständigen EU-Ausschuss hat Mitte März die Mehrheit der Mitgliedstaaten dafür gestimmt, Pestizide zu verbieten, die für das Bienensterben der vergangenen Jahre mit verantwortlich sind. Die Abstimmung endete dennoch in einem Patt, weil unter anderem Deutschland und Großbritannien sich enthielten. Ende Februar hatte die EU-Kommission die Abstimmung über das Verbot von Neonikotinoiden verschoben. Der österreichischen Umweltorganisation Global 2000 zufolge ist der Grund für den Rückzieher der Kommission, dass die Chemieindustrie mit Klagen gedroht hat.

Mit den hochgiftigen Neonikotinoiden wird das Saatgut von Mais, Raps und Sonnenblumen gebeizt, um Pflanzenschädlinge fernzuhalten. Zwar wirkt diese Saatgutbeize nicht unmittelbar tödlich auf Bienen, aber sie raubt ihnen den Orientierungssinn, sodass sie nicht mehr zurück in den Bienenstock finden.

Laut BUND ist das ein großes Problem – denn als wichtige Bestäuber sichern Bienen 35 Prozent der weltweit produzierten Nahrungsmittel. Auch das Vogelsterben in der Agrarlandschaft werde durch diese

Pestizide verursacht, kritisiert der Umweltverband. Denn durch die Neonikotinoide würden auch andere Insekten getötet, die den Vögeln dann als Nahrung fehlen. Voraussichtlich im Juli soll erneut über drei Neonikotinoide abgestimmt werden. Bis dahin können Bürgerinnen und Bürger online Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner auffordern, sich für das Verbot einzusetzen. [mbu]

- BUND-Onlinepetition: www.kurzlink.de/bund-pet-neonikotin
- www.global2000.at

Patentrecht

Beschwerde über Menschenaffenpatent

■ Tierschutz- und Umweltverbände haben Einspruch gegen ein Patent der US-Pharmafirma Altor auf gentechnisch veränderte Schimpansen eingelegt. Das Patent war im vergangenen Jahr erteilt worden.

13 Organisationen aus Deutschland, England und der Schweiz protestieren mit dem Einspruch gegen die Vergabepaxis des Europäischen Patentamtes (EPA). Dieses hatte 2012 drei Patente auf Schimpansen erteilt. Gegen eines war Ende des Jahres Einspruch eingelegt worden. Ein dritter Einspruch ist im Mai geplant.

Aus Sicht der Verbände, die Einspruch erheben, verstößt das Patent von Altor gegen die ethischen Grenzen des europäischen Patentrechts. Die DNA der Versuchstiere ist so verändert, dass deren Immunsystem dem menschlichen ähnlicher sein soll. Die Firma will an den genmanipulierten Affen Medikamente testen.

Die Organisationen – darunter der Deutsche Tierschutzbund, das Gen-ethische Netzwerk (GeN) und Kein Patent auf Leben! – fordern mehr Respekt im Umgang mit Tieren. [mbu]

- Das erteilte Patent von Altor: www.kurzlink.de/affenpatent-altor
- Einspruch gegen das Patent: www.kurzlink.de/einspruch-patent-altf

Genpflanzenanbau

In Europa kaum von Bedeutung

■ Die Fläche, auf der in der EU gentechnisch veränderte Pflanzen wachsen, hat 2012 leicht zugenommen. Gut 0,1 Prozent Genäcker hält der Umweltverband Friends of the Earth Europe (FoEE) jedoch für „irrelevant“.

Einem Bericht von FoEE zufolge wurden im vergangenen Jahr auf 132.000 Hektar Genpflanzen ausgesät. 2011 waren es 114.500 gewesen. Die meisten genmodifizierten Feldfrüchte wachsen in Spanien. Der Genmais MON 810 nimmt dort 116.000 Hektar Fläche in Anspruch. Auch in Portugal wurde der Anbau auf 9.300 Hektar ausgeweitet, während der Flächenverbrauch in den übrigen Mitgliedstaaten rückläufig war.

Insgesamt gibt es in der EU eine Ackerfläche von 103 Millionen Hektar. Erlaubt sind hier ohnehin nur der Anbau von MON 810 und der Genkartoffel Amflora. Für weitere genveränderte Kartoffelsorten hatte der Chemiekonzern BASF im Januar die Zulassungsanträge zurückgezogen. Weltweit machen die mit Genpflanzen bestückten Felder rund 12 Prozent aus. [mbu]

- FoEE: Gentechnikanbau in Europa: www.kurzlink.de/genanbau-eu-2012-foe

Gentechnikkontamination

Abkommen zu Gentechniktransporten

■ Der deutsche Bundestag hat einem internationalen Abkommen zugestimmt, mit dem geregelt werden soll, wer für gentechnische Verunreinigungen haftet, die während des grenzüberschreitenden Transports von Pflanzen, Tieren oder Saaten entstehen. Das meldete der Infodienst Gentechnik im März. Wenn der Bundesrat auch grünes Licht gibt, ist Deutschland der neunte Staat, der diese Ergänzung zum Cartagena-Protokoll über biologische Si-

cherheit ratifiziert. Damit das Abkommen in Kraft tritt, müssen es 40 sein.

Das „Nagoya/Kuala-Lumpur-Zusatzprotokoll“ sieht vor, dass Privatunternehmen haften müssen, wenn sie gentechnisch veränderte Organismen ein- oder ausführen und die biologische Vielfalt dabei Schaden nimmt. Länderbehörden können dann Maßnahmen gegen die gentechnische Kontamination verlangen oder den Verursachern in Rechnung stellen. Für Deutschland und die EU ändert sich nach Angaben der Bundesregierung nichts an der rechtlichen Situation, da es bereits entsprechende Gesetze gebe. Für Schwellen- und Entwicklungsländer könne das Abkommen aber „ein erheblicher Beitrag“ zum Schutz der Artenvielfalt sein. [mbu]

- ▶ www.keine-gentechnik.de (7.3.2013)
- ▶ www.kurzlink.de/gentransporte-butag

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Artenschutz

CITES-Konferenz schützt Haie, aber nicht Eisbären

■ Die Teilnehmer der 16. Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) haben Einschränkungen für den Handel von mehr als 200 bedrohten Arten beschlossen. Bis Mitte März berieten die 177 Staaten im thailändischen Bangkok. Bisher schützt das Regelwerk circa 5.000 Tier- und 29.000 Pflanzenarten.

Neben dem durch Überfischung stark gefährdeten Mantarochen werden fünf neue Haiarten in Anhang II des Washingtoner Artenschutzabkommens aufgenommen, darunter der Weißspitzenhochseehai, drei Hammerhaiarten, und der Heringshai. Deren Fleisch und Flossen sind in Asien als Delikatessen sehr begehrt. Da sein Rückgang nicht gestoppt werden konnte, wurde der Sägefisch von Anhang II in den Anhang I einsortiert.

Für Arten, die im Anhang I gelistet sind, gilt ein absolutes Handelsverbot. Für bedrohte Arten im Anhang II sind die CITES-Vertragsstaaten verpflichtet, den Handel zu regulieren und zu kontrollieren. Diese Arten dürfen nur international gehandelt werden, wenn sie aus nachhaltig bewirtschafteten Beständen stammen und ein Unbedenklichkeitsattest haben. Nach der Listung einer neuen Art in einen Anhang müssen die Vertragsstaaten die Handelsbeschränkungen innerhalb von 18 Monaten umsetzen.

Außerdem haben die Vertragsstaaten den Schutz von 50 Schildkröten- und neun Geckoarten beschlossen. Diese sind wegen des internationalen Haustierhandels in Gefahr. Strengere Auflagen gelten nun auch für den Handel mit 128 Tropenholzarten.

Schlechte Nachrichten gibt es indes für Eisbären. Diese dürfen weiter gejagt und gehandelt werden. Die Vertragsstaaten lehnten es ab, Eisbären in die höchste Schutzstufe aufzunehmen. Auch die EU brachte keine einstimmige Position zu deren Schutz zustande. In den vergangenen Jahren erreichten die Preise für Eisbärfelle Rekordhöhe, die Zahl der gehandelten Exemplare stieg immens an und die Jagdquoten wurden erhöht. Zurzeit existieren noch 20.000 bis 25.000 Tiere.

Für die Jagd von Elefanten und Nashörnern gibt es nach wie vor Schlupflöcher. Umweltverbände bewerteten die Beschlüsse dennoch positiv. „Alles in allem ist das eine der erfolgreicheren CITES-Konferenzen, die wir bisher erlebt haben. Zum 40-jährigen Jubiläum präsentiert sich das Washingtoner Artenschutzübereinkommen in Hochform“, resümierte Heike Finke, Artenschutz-Expertin des NABU. [ej]

- ▶ www.cites.org
- ▶ www.kurzlink.de/citesbilanznabu

Waldschutz

Holzverordnung tritt in Kraft

■ Anfang März trat die neue EU-Verordnung für das Inverkehrbringen von Holz und Holzserzeugnissen in Kraft. Diese ver-

Nachhaltigkeit

A-Z

G wie Gemeingut

Über Arten- und Sortenvielfalt wird viel debattiert, ebenso über die Frage, wem diese Ressourcen unter welchen Bedingungen gehören. Neben dem Modell des Eigentums gibt es jedoch Alternativen: Gregor Kaiser beleuchtet die Handlungsfelder und Akteure in dieser Auseinandersetzung und entwirft einen Weg, wie die genetische Vielfalt zur Allmende, zu einem gemeinsam genutzten Gemeingut werden kann.

Gregor Kaiser
Eigentum und Allmende
 Alternativen zu geistigen Eigentumsrechten an genetischen Ressourcen
 Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit, Band 54
 242 Seiten, 24,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-314-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

bietet den Import von und den Handel mit illegal geschlagenem Holz. Solches Holz soll gar nicht erst auf den europäischen Markt gelangen. Damit will die EU zur Bewältigung des weltweiten Problems beitragen. Der illegale Holzeinschlag hat erhebliche wirtschaftliche, ökologische und soziale Auswirkungen.

Die Verordnung gilt sowohl für importiertes als auch für im Inland erzeugtes Holz und hergestellte Holzzeugnisse und umfasst eine breite Palette von Erzeugnissen, die von Papier und Zellstoff bis zu Massivholz und Holzfußböden reicht.

Ende Februar verabschiedete auch die Bundesregierung einen Entwurf zur Änderung des Holzhandelssicherheitsgesetzes. Damit setzt sie die EU-Verordnung um.

Umweltverbände kritisieren eine Abschwächung der EU-Vorgaben bei der nationalen Umsetzung. So hat der Bundestag das vorgesehene Strafmaß für die Einfuhr illegalen Holzes herabgesetzt und damit Schlupflöcher geschaffen. „Durch die Änderungen wird der Straftatbestand an zusätzliche Voraussetzungen wie ‚grober Eigennutz‘ und ‚beharrliche Wiederholung‘ geknüpft. Die Bundesregierung verhindert damit eine wirksame Abschreckung und spielt kriminellen Holzhändlern in die Hände“, sagte Nina Griefshammer, Waldexpertin des WWF. Deshalb fordern die Verbände den Bundesrat auf, bei der

Ausschusssitzung gegen die Aufweichung des deutschen Gesetzentwurfs zu stimmen. [UWD, ej]

- ▶ Mitteilung der EU-Kommission: www.kurzlink.de/holzhandvereu
- ▶ Mitteilung der Bundesregierung: www.kurzlink.de/holzhandverde
- ▶ Mitteilung der Verbände: www.kurzlink.de/verbholzford

EU-Agrarreform und Naturschutz

Anforderungen an ökologische Vorrangflächen

■ Eine landwirtschaftliche Nutzung von Vorrangflächen ist mit klaren Vorgaben möglich. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung, die der NABU im März veröffentlichte.

Die EU-Kommission will im Rahmen der EU-Agrarreform sieben Prozent der Ackerfläche als ökologische Vorrangfläche bereitstellen. Ökologische Vorrangflächen sind Flächen, die im Umweltinteresse genutzt werden sollen. Von der Agrarwirtschaft und Teilen der Politik werden ökologische Vorrangflächen jedoch als vermeintliche Zwangsbrachen kritisiert. Die EU überlegt den Flächenanteil nun stark zu reduzieren. Deshalb hat der NABU 82 verschiedene Energiepflanzen und exten-

sive Anbaukulturen auf ihre naturschutzfachliche Eignung hin untersucht und Empfehlungen für das Bundeslandwirtschaftsministerium erarbeitet, welche Anbaukulturen unter welchen Bedingungen als Vorrangflächen gelten können.

Zentrale Vorgaben sind dabei der Verzicht auf Pflanzenschutz- und Düngemittel und das Aussetzen der Ernte und Bodenbearbeitung von Mitte April bis Ende Juni. Besonders geeignete Kulturen sind dafür Linsen und Lein, Mischkulturen und Getreide mit weitem Reihenabstand. Zur Aufwertung von Natur und Umwelt kann beispielsweise auch der Anbau von Rotklee beitragen. [ej]

- ▶ Nabu-Studie: www.kurzlink.de/nabuoekvorratfl
- ▶ NABU, Berlin, Florian Schöne: Tel.: + 49 (0)30 / 284984 1615, E-Mail: florian.schoene@nabu.de, www.nabu.de

Moore

Moorschutz ist gut für das Klima

■ 45 Millionen Tonnen klimaschädlicher Treibhausgase im Jahr stammen aus entwässerten und genutzten Mooren. Das sind fünf Prozent der Emissionen Deutsch-



Weg mit dem Wohlstandsschrott!

Noch kann die Welt nicht von der Droge »Wachstum« lassen. Aber die Diskussion über das Ende der Maßlosigkeit nimmt an Fahrt auf. Der Nachhaltigkeitsforscher Niko Paech liefert dazu die passende Streitschrift, die ein »grünes« Wachstum als Mythos entlarvt. In seinem Gegenentwurf, der Postwachstumsökonomie, fordert er industrielle Wertschöpfungsprozesse einzuschränken und lokale Selbstversorgungsmuster zu stärken. Ein Plädoyer für eine entschleunigte und entrümpelte Welt.

N. Paech

Befreiung vom Überfluss

Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie

160 Seiten, Hardcover, 14,95 Euro, ISBN 978-3-86581-181-3

Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

lands, zeigt eine Studie im Auftrag des NABU. Damit gehören genutzte Moore neben dem Energiesektor zu den größten Treibhausgasemittenten in Deutschland. Die Studie hat die Universität für Bodenkultur in Wien durchgeführt und dazu den aktuellen Forschungsstand zum Thema zusammengefasst.

Zudem trägt die Nutzung von Mooren auch zum Verlust von natürlichen Lebensräumen und zum Bestandsrückgang von Tieren und Pflanzen bei. Der NABU fordert nun Bund und Länder auf, stärker in den Moorschutz zu investieren, anstatt den Maisanbau zur Biogaserzeugung zu subventionieren. Förderprogramme müssen geschädigte Moore wiederherstellen und finanzielle Anreize zu Rückführung von Acker in Grünland schaffen, fordert der Verband.

Gleichzeitig hat auch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) eine Studie über die finanziellen Vorteile der Renaturierung von Mooren veröffentlicht. Demzufolge stellt dies einen sehr kostengünstigen Beitrag zum Klimaschutz dar. Je nach Gebiet wurden Vermeidungskosten von 27 bis 107 Euro pro Tonne Kohlendioxid berechnet. Somit zeigte die Studie, dass Naturschutzprojekte auch einen effektiven und wirtschaftlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. [ej]

- ▶ NABU-Studie „Klimaschutz natürlich“: www.kurzlink.de/nabuklimoor
- ▶ Mitteilung des BfN: www.bfn.de/04_presse.html

TIERSCHUTZ & ETHIK

Betrugsvorwürfe

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

■ Anlässlich der seit Ende Februar herrschenden Skandale um die Legehennenhaltung und die Falschdeklarierung von Eiern fordert der Deutsche Tierschutzbund eine vollständige Aufklärung sämt-

licher Vorwürfe. Denn hierbei handele es sich um einen „Betrug zulasten der Tiere, aber auch des Verbrauchers“, sagte der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes Thomas Schröder. Des Weiteren hält der Deutsche Tierschutzbund eine gemeinsame Bund-Länder-Sonderkommission für dringend notwendig. Außerdem sei weiterhin unklar, warum der Betrug bis heute weitergeführt werden konnte, obwohl die niedersächsische Staatsanwaltschaft seit 2011 ermittelt.

In den landwirtschaftlichen Betrieben verschiedener Bundesländer sollen in allen Haltungformen mehr Legehennen als üblich gehalten und ein Großteil der Eier falsch gekennzeichnet worden sein. [hk]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund: www.tierschutzbund.de/5097.html

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Kommission

Neue Struktur der GD Umwelt

■ Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission plant Umstrukturierungen. Laut dem Umwelteinformationsdienst ENDS Europe Daily soll sie künftig in sechs Bereiche aufgeteilt werden: Grüne Wirtschaft, Naturkapital, Lebensqualität, Wasser und Luft, globale und regionale Herausforderungen, LIFE, eine Strategieabteilung und eine Rechtsabteilung. Die Rechtsabteilung wiederum soll die Umsetzung und den Beitrag der Generaldirektion zum Europäischen Semester koordinieren und für Umsetzung und Kohäsionspolitik zuständig sein.

Sie bekommt somit zusätzliche Aufgaben: Neben dem Europäischen Semester fällt dann auch die Aarhus-Konvention in den Zuständigkeitsbereich der MitarbeiterInnen. Nichtregierungsorganisationen sind besorgt, dass die Umstrukturierung zu einer Schwächung des Vollzugs des Umweltrechts führen könnte. Die EU-Kommission will durch das 7. Umweltak-

Etappensieg für Tierschützer

Vor vier Jahren hatte die EU-Kommission Tierversuche für Kosmetikprodukte verboten – mit drei Ausnahmen. Diese Ausnahmen gehören nun der Vergangenheit an.

Seit März 2013 gilt die letzte Stufe des EU-weiten Verbots von Tierversuchen für Kosmetik. Bereits in den 1970er-Jahren setzte sich der Deutsche Tierschutzbund für ein Ende der Tierqual in diesem Bereich ein – und nun wird es endlich Realität. Ein großer Sieg für alle Tierfreunde, auch wenn noch einige Hintertürchen offengeblieben sind. So kann beispielsweise ein Stoff, der für einen anderen Anwendungsbereich zugelassen und dabei im Tierversuch geprüft wird, weiterhin in Kosmetika verwendet werden.

Aber für Kosmetika wird ohnehin nur ein Bruchteil aller Tierversuche durchgeführt, von denen allein in Deutschland im letzten Jahr drei Millionen offiziell gemeldet wurden. Die Bemühungen des Deutschen Tierschutzbundes gehen weiter, bis auch für Chemikalien, Pflanzenschutzmittel oder Medikamente Tests an Tieren der Vergangenheit angehören.

Die Förderung der Entwicklung und Anerkennung tierversuchsfreier Teststrategien, die besser als Tierversuche geeignet sind, um den Verbraucherschutz zu gewährleisten, muss hierfür erheblich verbessert werden. Und ein Drittel aller Tierversuche in Deutschland wird im Bereich der Grundlagenforschung durchgeführt – ohne direkten Nutzen für Mensch, Umwelt oder Tiere. Laut Gesetz sollten all diese Versuche „unerlässlich“ und „ethisch vertretbar“ sein. Aber die Behörden winken fast alles durch, was ein Forscher beantragt. Auch hier muss sich dringend etwas ändern.

Dr. Irmela Ruhdel ist als Fachreferentin für Alternativmethoden zu Tierversuchen beim Deutschen Tierschutzbund tätig.

Kontakt: Tel. +49 (0) 228-60496-24, E-Mail: presse@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

tionsprogramm zu einer besseren Umsetzung beitragen und plant daher Umweltinspektorate einzuführen (siehe folgender Artikel). Ende des Jahres will sie hierzu einen Vorschlag vorlegen. [bv]

► www.endseurope.com

Umweltinspektionen

Wie, wer, warum?

■ Die EU-Kommission hat im Januar eine neue Studie zu Umweltinspektionen herausgebracht. Sie umreißt, wie die EU-Kommission vermeintliche Verstöße des EU-Umweltrechts effektiver untersuchen kann.

Die Studie zeigt Wege auf, die Rolle der Kommission bei Umweltinspektionen zu erweitern und dadurch das Vertrauen in die EU zu stärken. Zudem beleuchtet sie den Einsatz von externen Fachkräften und geht der Frage nach, inwiefern diese dazu beitragen können, Untersuchungen der Kommission zu vermutlichen Verstößen gegen das EU-Umweltrecht zu verbessern.

Die EU-Kommission misst den Umweltinspektionen eine hohe Bedeutung zu und hat diesen Gedanken in ihren Vorschlag zum 7. Umweltaktionsprogramm (7. UAP) integriert. Derzeit führt sie eine Konsultation zu dem Thema durch. Diese soll dazu dienen, Ideen und Konzepte für eine Überarbeitung des aktuellen Rahmens für Umweltinspektionen zu sammeln. Alle Interessengruppen auf nationaler und EU-Ebene sind aufgefordert, sich an der Konsultation zu beteiligen. [aw]

- Studie: www.kurzlink.de/study-env-inspection
- Konsultation: www.kurzlink.de/consult-env-inspect

EU-Gesetzesvorhaben

Umwelt muss warten

■ Höchste EU-Beamte blockieren geplante Gesetzesvorhaben der Generaldirektion Umwelt. Dies berichtete der

Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily im März. So stehe Umweltkommissar Janez Potočnik unter Druck Gesetzesvorschläge zu vertagen. Wirtschaftliche Themen wie die Eurokrise hätten derzeit Vorrang.

Catherine Day, die Generalsekretärin der Europäischen Kommission, hat laut ENDS ein Gesetzesvorhaben von Umweltkommissar Potočnik blockiert, in dem es um die Vermeidung der Nutzung von Plastiktüten geht. An Stelle konkreter Maßnahmen durfte Potočnik im März lediglich ein unverbindliches Grünbuch veröffentlichen (siehe umwelt aktuell S. 8). Ebenso verhinderte Day den Angaben von ENDS zufolge Kommissionsvorschläge für nachhaltige Infrastruktur und Umweltinspektionen sowie die Veröffentlichung eines Grünbuches über den Umgang mit Phosphor. Nach Aussage eines Kommissionsbeamten liege der aktuelle Schwerpunkt der EU auf Wirtschaft und Beschäftigung, andere Dinge müssten warten. Day hatte bereits in der Vergangenheit umweltpolitische Gesetzesvorhaben blockiert, indem sie die kommissionsinterne Abstimmung verzögerte.

Abgeordnete des Europaparlaments reagierten alarmiert auf die Verzögerung zahlreicher angekündigter Gesetzesvorhaben. Der Vorsitzende des Umweltausschusses Matthias Groote warnte Kommissar Potočnik und Kommissionspräsident Barroso in einem offenen Brief vor den Folgen dieser Verzögerungen. Viele Umweltmaßnahmen könnten dadurch vor Ende der derzeitigen Wahlperiode 2014 nicht mehr umgesetzt werden. [ww]

► www.endseurope.com

EU-Budget bis 2020

EU-Parlament zeigt Zähne

■ Das Plenum des EU-Parlaments hat Mitte März mit großer Mehrheit gegen den Mehrjährigen Finanzrahmen bis 2020 gestimmt, auf den sich die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Haushaltsgipfel Anfang Februar geeinigt hatten. Das Par-

lament hat damit von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht. Die Abgeordneten sperrten sich vor allem dagegen, einen Haushalt mitzutragen, der nicht ausgeglichen ist. Den geplanten Ausgaben von 960 Milliarden Euro bis 2020 stehen nach den Plänen der Staatschefs nur 906 Milliarden Euro Einnahmen gegenüber. Außerdem fordern sie mehr Flexibilität zwischen einzelnen Haushaltsposten und -jahren. Auch die Möglichkeiten zu eigenen Steuereinnahmen der EU sollen aus Sicht der Abgeordneten verbessert werden. Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) machte diese Punkte zur Bedingung für weitere Verhandlungen.

Die Grünen kritisierten die „haushaltspolitische Schrumpfkur“, die die Mitgliedstaaten der EU verordnen wollten. Die haushaltspolitische Sprecherin Helga Trüpel wies darauf hin, dass das EU-Budget um 8,4 Prozent schrumpfen soll, während der deutsche Bundeshaushalt in der gleichen Zeit nur um 1,7 Prozent verringert werden soll.

Die irische Ratspräsidentschaft will versuchen bis Ende Juni eine Einigung mit dem Parlament zu erzielen. [am]

- www.kurzlink.de/ep-budget-2013-02
- Schulz: www.kurzlink.de/schulz-budget2013-02
- Trüpel: www.kurzlink.de/truepel-budget-20132

Transparenz

Europaabgeordnete befolgen Verhaltenskodex kaum

■ Seit einem Jahr gilt für die Abgeordneten des Europaparlaments ein neuer Verhaltenskodex. In einer im Februar veröffentlichten Studie hat der Verein LobbyControl festgestellt, dass die Europaparlamentarier kaum die Transparenzverpflichtungen befolgen. Laut Studie sind 21 Interessenerklärungen der 99 deutschen Europaparlamentarier unvollständig. Davon haben 19 keine Angaben über den Beruf vor ihrem Mandat gemacht, obwohl alle dazu verpflichtet sind. Neun Abgeordnete gaben sogar leere Formulare ab, die

nur mit Datum und Unterschrift versehen wurden. Damit die Erklärungen für die Bürger leicht einsehbar sind, sollten sie maschinenlesbar, durchsehbar und in einer englischen Fassung verfügbar sein, fordert LobbyControl. Die Parlamentsverwaltung müsse dazu verpflichtet werden, dass sie die gemachten Angaben auf formale Korrektheit prüft.

Vergangenes Jahr soll laut Recherchen von LobbyControl circa ein Drittel der deutschen Abgeordneten bezahlten Nebentätigkeiten mit einem Verdienst ab 500 Euro monatlich nachgegangen sein. Die Kategorien für Nebeneinkünfte seien zu ungenau und müssten erweitert werden, so die Forderungen von LobbyControl. Außerdem könnte bei allen Abgeordneten ein Interessenkonflikt bestehen. LobbyControl kritisiert zudem, dass es bisher keine Ausführungsbestimmungen zum Kodex gibt. Viele Europaparlamentarier wollen Lobbyreisen erst ab 300 Euro verpflichtend angeben, doch LobbyControl verlangt, dass wie bei Geschenken ab 150 Euro Angaben gemacht werden müssen. [hk]

► LobbyControl: www.lobbycontrol.de/2013/02

Finanztransaktionssteuer

Anti-Zocker-Pläne für elf Mitgliedstaaten

■ Die Kommission hat im Februar einen Gesetzesvorschlag zur Finanztransaktionssteuer (FTS) vorgelegt. Zunächst elf EU-Länder, darunter Deutschland, wollen eine Mindeststeuer auf den Handel mit Anleihen, Aktien und Derivaten einführen.

Durch die Steuer soll die Finanzbranche mit 30 bis 35 Milliarden Euro jährlich an den Folgekosten der Eurokrise beteiligt werden. Sobald die elf Länder den Vorschlag angenommen haben und dann ein Akteur aus einem der elf Teilnehmerstaaten weltweit in einen Handel involviert ist, soll die Steuer gelten. Dafür haben die EU-Finanzminister im Januar den Weg freigemacht, nachdem eine EU-weite Einführung am Widerstand von Mitgliedstaaten

Ökologische Gerechtigkeit im Armuts- und Reichtumsbericht?

Die Ergebnisse des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung zum Thema ökologische Gerechtigkeit fallen spärlich aus und versäumen eine Auseinandersetzung mit grundlegenden Problemen, meint Steffen Lembke von der AWO.

„Schöngefärbt“ sei der vierte Armuts- und Reichtumsbericht, bemängeln Kritiker. Auch ein neues Kapitel zu ökologischer Gerechtigkeit kann den dadurch ohnehin schon getrüben Eindruck nicht aufhellen. Mit der Debatte um soziale Auswirkungen der Energiewende ist die enge Verbindung zwischen Sozial- und Umweltpolitik in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Umso erstaunlicher ist, dass eben diese Thematik im besagten Abschnitt des Armuts- und Reichtumsberichts keine Beachtung findet. Dabei hätte sie aber ohnehin nur einen Teil der eigentlichen Problemlage betrachtet. Noch fehlt es uns an einem ausreichenden Bewusstsein dafür, dass es um grundlegende Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft geht. Bis heute sind in Deutschland Menschen aus sozial schwächeren Schichten stärker von Umweltbelastungen (zum Beispiel Lärm oder Luftverschmutzung) betroffen als Wohlhabende. Eine Problematik, die sich auf globaler Ebene noch potenziert: Laut Germanwatch sind acht der zehn am stärksten vom Klimawandel bedrohten Staaten Entwicklungsländer. Gleichzeitig liegt die Verantwortung für die genannten Probleme hauptsächlich bei reichen Bevölkerungsschichten und Staaten. Eine Ungerechtigkeit, die uns zeigt, dass ökologisch verantwortungsvolles Handeln auch eine zutiefst soziale Frage ist.

Mit der Energiewende arbeitet Deutschland an einem Projekt, das das Potenzial hat, einen großen Beitrag gegen diese Entwicklung zu leisten. Die Welt schaut dabei gespannt auf die Bundesrepublik und fraglos wird die Initiative bei Gelingen durch eine Vielzahl von Nachahmern auch global wirken. Mittlerweile arbeiten die Minister Altmaier und Rösler jedoch gegen eine konsequente Umsetzung der Energiewende an und berufen sich auf die angebliche soziale Unverträglichkeit der anfallenden Kosten. Dabei war es aber genau diese Koalition aus CDU, CSU und FDP, welche durch eine massive Ausweitung der Vorteilsregelungen für Industrie und Wirtschaft die Erneuerbare-Energien-Gesetzesumlage für private Haushalte in die Höhe getrieben hat. Anstatt diesen Fehler nun zu korrigieren, wird von einkommensschwachen

Haushalten mehr Energieeffizienz gefordert und damit die eigentliche Problematik ignoriert. Nicht die grundsätzlichen Kosten gefährden das Gelingen der Energiewende, sondern vielmehr die unverhältnismäßige Verteilung der Lasten sowie die zunehmende Kluft zwischen Armut und Reichtum in unserem Land. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ist essenzielle Grundlage für das Gelingen der Energiewende und damit auch für einen Transformationsprozess hin zu einer ökologisch verträglich agierenden Gesellschaft. Es wäre die Aufgabe des Berichtes gewesen, dieses zu erkennen, herauszustellen und entsprechende Maßnahmen anzuregen.

Anlässlich der letztjährigen Rio+20-Konferenz propagierte die Bundesregierung „Nachhaltigkeit made in Germany“ und rief damit ein Wertebild auf, das auf dem Ausgleich von Ökologie, Sozialem und Wirtschaft basiert. Dieses Wertebild bekommt angesichts der Fakten des Armuts- und Reichtumsberichts jedoch bereits Risse und zerbricht, wenn nun noch sozial schwache Bevölkerungsgruppen gegen einen Trend der ökologischen Verantwortung instrumentalisiert werden. Mit den Worten „Weitgehend verkannt werden heute noch die zahlreichen Potenziale für Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik“ formuliert der Armuts- und Reichtumsbericht eine treffende Einschätzung der aktuellen Situation. Lösungsansätze bleibt er jedoch schuldig und so wirkt der Passus wie eine Entschuldigung dafür, dass man dem Thema „Ökologische Gerechtigkeit“ nicht einmal eine ganze Seite in dem insgesamt mehr als 500 Seiten umfassenden Papier gewidmet hat. Es wird die Aufgabe einer im Herbst neu gewählten Bundesregierung sein, die angesprochenen Potenziale besser für ihre Arbeit zu nutzen.

Steffen Lembke ist Referent für Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement beim Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

Kontakt: Tel: +49 (0)30 / 26309 240, E-Mail: steffen.lembke@awo.org, www.awo.org

wie Großbritannien gescheitert war. Der Entwurf sei ein Grund zur Freude und zur Wachsamkeit, so der EU-Abgeordnete Sven Giegold (Grüne). Das globalisierungskritische Netzwerk Attac habe 15 Jahren lang dafür gestritten. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/13/115)
- ▶ www.sven-giegold.de/2013 (14.02.2013)

Vereinte Nationen

Aufwertung des UNEP

■ Im Februar haben sich erstmals alle 193 UNO-Mitgliedstaaten zu einer Konferenz des Umweltprogramms (UNEP) in Kenias Hauptstadt Nairobi getroffen. Bisher waren nur 58 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in der UNEP stimmberechtigt. Der Verwaltungsrat beschloss verbesserte Entscheidungsprozesse für das UNEP. Die ab 2014 alle zwei Jahre tagende UN-Umweltversammlung soll Prioritäten für die globale Umweltpolitik festlegen und das UN-System umweltpolitisch beraten. Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes, bezeichnete die Aufwertung des UNEP als längst überfällig. [aw]

- ▶ www.kurzlink.de/unep-bmu-pm2013-2

Planung von Großprojekten

Öffentlichkeitsbeteiligung auf dem Papier

■ Der Bundestag hat Ende Februar ein Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (17/9666) angenommen. Ziel ist, durch eine frühe Beteiligung der Bürger die Planung von Vorhaben zu optimieren, Transparenz zu schaffen und Akzeptanz von Großbauvorhaben zu fördern. Geregelt werden soll dies durch die Aufnahme einer nicht verpflichtenden frühen Öffentlichkeitsbeteiligung in das Verwaltungsverfahrensgesetz. Das Ergebnis der Beteiligung soll neben der

Behörde nun auch der betroffenen Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Neu ist auch, dass Bekanntmachungen fortan auch im Internet veröffentlicht werden.

Der BUND kritisierte, dass die Bundesregierung weiter an der Präklusionsregelung festhalte. Dadurch können Bürger und Verbände nur zu Anfang eines Planfeststellungsverfahrens ihre Einwendungen gegen eine Genehmigung einbringen. Später im Verfahren genannte Argumente sind nach der Präklusionsregelung nicht rechtlich wirksam. Der Planer eines Vorhabens kann hingegen seine Antragsunterlagen jederzeit ändern und nachbessern. Der BUND zeigte sich zudem enttäuscht, dass die frühe Mitwirkung der Öffentlichkeit nicht verpflichtend sei. Auch die BUNDForderungen, den Zugang zu Planungsunterlagen zu erleichtern, und das Anrecht betroffener Bürger auf einen Bürgeranwalt wurden nicht berücksichtigt. [bv]

- ▶ <http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/438/43815>
- ▶ www.bund.net/publikationen/bundletter/12012

VERKEHR & TOURISMUS

Infrastruktur

BUND kürt die unsinnigsten Geldverschwendungen

■ Als „dusseliges Dutzend“ bezeichnet der BUND „zwölf besonders umweltschädliche und verkehrstechnisch sinnlose Straßenbauprojekte“ in Deutschland. Auf der Webseite des Projekts „Mobil statt verplant“ zeigt der BUND eine Landkarte mit den geplanten Projekten, die allesamt für überbeuert, überdimensioniert und umweltschädlich befunden werden.

Für alle Bauvorhaben gibt es laut BUND einfach umsetzbare, kostengünstige und problemlösende Alternativen. Diese würden bislang aber nicht in Betracht gezogen. Das teuerste kritisierte Projekt ist die Weiterführung der A20 zwischen Segeberg

und Westerstede mit veranschlagten drei Milliarden Euro.

Auf der interaktiven Landkarte stehen weitere Informationen über die einzelnen Bauvorhaben und die vom BUND vorgeschlagenen Alternativen. Damit die Meinung von BürgerInnen bei der Verkehrsplanung berücksichtigt wird, hat der BUND eine E-Mail-Aktion an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer gestartet. So soll der Bundesverkehrswegeplan für die Zeit ab 2015 verändert werden. Der Bundesverkehrswegeplan umfasst alle vom Bund finanzierten Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenprojekte, die die Bundesregierung in den nächsten 15 Jahren umsetzen will. Derzeit wird der Plan von der Bundesregierung und den Ländern vorbereitet. Einige Bundesländer haben bereits Listen mit Projektvorschlägen veröffentlicht. Bei der Onlinepetition an Ramsauer können Interessierte Forderungen für die künftige Infrastrukturpolitik formulieren. Am wichtigsten für den BUND sind eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, die ökologische Ressourcen berücksichtigt und die Einbindung der Bevölkerung bei Planung und Entwicklung von Großprojekten. [UWD, ej]

- ▶ BUND-Karte: www.kurzlink.de/dusselkarte
- ▶ Onlinepetition: www.kurzlink.de/aufuframs

Autobahn 100

Baumfällung verhindert

■ Das „Aktionsbündnis A100 stoppen“ hat Mitte März das Fällen von etwa 50 Bäumen auf der geplanten Stadtautobahntrasse der A100 in Berlin-Neukölln verhindert. Laut der Umweltorganisation Robin Wood haben 40 Menschen unter und auf den Bäumen gegen die „heimlich geplante illegale“ Fällung demonstriert.

Zuvor hatten AktivistInnen von Robin Wood beobachtet, dass Bäume auf der geplanten Autobahntrasse zur Fällung markiert worden waren und dass an der Straße Parkverbotsschilder aufgebaut worden. Daraus schlossen sie, dass dort gefällt werden sollte. Laut Planfeststellungsbeschluss

für die Trasse und Baumschutzverordnung war das Fällen jedoch verboten. Auf eine Kleine Anfrage von Robin Wood antwortete das Bezirksamt Neukölln, es habe die Markierungen an den Bäumen nicht zu verantworten und auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung habe diese nicht angebracht.

„Das Fällkommando wurde zurückgepfiffen. Für uns ist das ein Erfolg, aber auch eine Ermahnung, wachsam auf unsere Bäume aufzupassen“, sagt Sylvester Kaben von Robin Wood.

Die 50 Bäume sind eines der letzten Hindernisse zur Umsetzung des Bauprojekts. Mit Kosten von über einer Milliarde Euro wären diese gut sechs Straßenkilometer die teuersten, die jemals in Deutschland gebaut würden. [ej]

► Robin Wood: www.kurzlink.de/rwa100

Ökotourismus

Fahrtziel Natur ausgezeichnet

■ Die Kooperation Fahrtziel Natur ist im März als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet worden. Seit 2001 engagiert sich Fahrtziel Natur für nachhaltigen Qualitätstourismus. Der BUND, NABU, VCD und die Deutsche Bahn kooperieren in der Initiative mit 21 Schutzgebieten in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ziel ist es, durch die Förderung des umweltfreundlichen Tourismus die heimische Biodiversität und das Klima zu schützen. Nationalparke, Naturparke und Biosphärenreservate sollen als Reiseziele für ökologisch verträglichen Tourismus bekannter gemacht werden und durch klimafreundliche Verkehrsmittel erreichbar sein. Vor Ort sollen dann das Naturerlebnis und die Entdeckung der biologischen Vielfalt im Mittelpunkt stehen. Die UN-Dekade Biologische Vielfalt wurde von den Vertragsstaaten des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt ins Leben gerufen. [fc]

► www.un-dekade-biologische-vielfalt.de/2004ibook70525_34141_2003.html

WASSER & MEERE

Arktis

Shell stoppt Tiefseebohrung für 2013

■ Der Energiekonzern Shell hat Anfang März angekündigt, die umstrittenen Ölbohrungen in der Arktis für ein Jahr auszusetzen. Man wolle in dieser Zeit sicherstellen, dass Team und Ausrüstung für die Bohrvorhaben in Alaska einsatzbereit seien, so Shell-Direktor Marvin Odum. Shell hatte bereits 4,5 Milliarden Dollar in das Projekt investiert.

Umweltorganisationen zeigten sich erleichtert. Andrew Hartsig, Direktor von Ocean Conservancy, sprach von einer klugen Entscheidung. Shell habe deutlich bewiesen, dass der Konzern nicht in der Lage sei, sichere und verantwortliche Bohrvorhaben in arktischen Gewässern durchzuführen. Das verdeutlichte auch ein US-Regierungsbericht, der die vielen Zwischenfälle aufzeigt, die in einem Jahr bei Probebohrungen in Alaska aufgetreten sind. Neben technischen Ausfällen gab es vor allem Komplikationen mit der Ausrüstung, so lief während der Vorhaben ein Bohrschiff auf Grund.

Umweltorganisationen hoffen, dass die US-Regierung in diesem Jahr Konsequenzen aus den Sicherheitslücken zieht und ihre Position zur arktischen Erdölförderung überdenkt. [ww]

► www.kurzlink.de/shell-dril-stop-0213
 ► www.blog.oceanconservancy.org

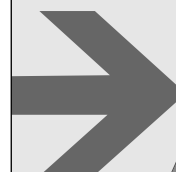
EU-Meere

Ölplattformen künftig sicherer

■ Die EU-Institutionen haben sich im Februar auf verschärfte Sicherheitsregelungen für Ölplattformen geeinigt. Energiekonzerne sollen demnach zukünftig für

Nachhaltigkeit

A-Z



P wie Potenzial

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ist das Potenzial für erneuerbare Energien zwar enorm, das nötige Kapital für Investitionen vor Ort aber selten vorhanden. Die Fördermechanismen der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls können hier Abhilfe schaffen. Sylvia Borbonus liefert wichtige Erkenntnisse zur Markteinführung erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern und zur effektiven Umsetzung internationaler Klimapolitik.

S. Borbonus
Erneuerbare Energien in Entwicklungsländern
 Synergien zwischen Globaler Umweltfazilität und Clean Development Mechanism
 256 Seiten, broschiert, 34,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-405-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Die guten Seiten der Zukunft

alle von ihnen verursachten Umweltschäden bei Tiefseebohrungen haftbar gemacht werden. Außerdem sollen Bohrlizenzen erst dann vergeben werden, wenn ein Konzern nachweisbar eine Ölpest beseitigen kann und über die finanziellen und technischen Mittel verfügt, um mit den Folgen einer Umweltkatastrophe umzugehen. Außerdem wird der Geltungsbereich der Sicherheitsvorgaben ausgeweitet. Bislang sind nur Ölplattformen in Küstennähe von den Regelungen betroffen.

Auslöser für die Überarbeitung der Sicherheitsstandards und Haftungsregelungen für die Energiekonzerne war die verheerende Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko im April 2010 nach der Havarie der Erdölbohrplattform Deep Water Horizon.

Greenpeace begrüßte die Richtlinie. Joris den Blaken, Direktor für Klimapolitik bei Greenpeace Europe, warnte aber, dass den Mitgliedstaaten zu viel Spielraum bei der Umsetzung gelassen werde. Er appellierte an die Regierungen, das Gesetz schnell umzusetzen. Den Blaken kritisierte Entschädigungen für Betroffene von Ölkatastrophen, gerade in der Fischerei und dem Tourismus, als ungenügend. Starke Kritik kam von der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament. Die Regelungen seien nicht ausreichend, um weitere Ölkatastrophen zu verhindern und Energiekonzerne haftbar zu machen. Die Grünen forderten ein Moratorium für Ölforderungen in der Arktis.

Der Rat und das Parlament werden die Richtlinie voraussichtlich im April formell verabschieden. Die Mitgliedstaaten haben dann zwei Jahre Zeit, die Regelungen umzusetzen. [ww]

- ▶ Irische Ratspräsidentschaft: www.eu2013.ie
- ▶ Reaktion Greenpeace: www.kurzlink.de/gp-oil-eu-220213

EU-Meere II

Küsten künftig mit Plan?

■ Die EU-Kommission hat im März einen Richtlinienvorschlag zur Schaffung eines europäischen Rahmens für maritime

Raumordnung und integriertes Küstenzonenmanagement vorgelegt. Der Vorschlag sieht vor, dass Mitgliedstaaten nationale maritime Raumpläne und Strategien für das integrierte Küstenzonenmanagement vorlegen. Ziel der Richtlinie ist laut EU-Kommission, die vielfältigen Interessen in Küstengebieten – wie den Ausbau der Offshorewindkraft, Fischerei, Tourismus oder Naturschutzgebiete – zu koordinieren und Konflikte um Raum und Ressourcen zu vermeiden.

Die EU-Kommissarin für Meeresangelegenheiten Maria Damanaki bezeichnete den Richtlinienvorschlag als einen wichtigen Teil der Strategie für blaues Wachstum. Sie werde dazu beitragen, „das Potenzial der blauen Wirtschaft in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung auszuschöpfen“. Umweltkommissar Janez Potocnik sieht die Richtlinie auch als Instrument, um einzigartige Ökosysteme als wichtige Lebensräume für Pflanzen und Tiere zu erhalten. [am]

- ▶ Kurzinfo zur Richtlinie (engl.): www.kurzlink.de/com-mar-spat-dir-313

EU-Fischereipolitik

Minister wollen Rückwurf nicht völlig aufgeben

■ Das Zurückwerfen von ungewolltem Beifang soll ab 2014 schrittweise verboten werden. Bis zu sieben Prozent der zu kleinen Fische sollen Fischer aber auch in Zukunft zurückwerfen dürfen. Das hat der EU-Fischereirat in einem Sitzungsmarathon zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik Ende Februar entschieden. Die MinisterInnen feierten das Ergebnis als Kehrtwende und großen Durchbruch. Umweltverbände zeigten sich jedoch kritisch. Es sei kein Verbot, wenn weiterhin Tausende Tonnen Fisch weggeworfen würden. Dieser halbherzige Ansatz mache es zudem schwieriger ein Rückwurfverbot umzusetzen und zu überwachen, sagte Saskia Richartz, Fischereiexpertin bei Greenpeace.

Spanien, Frankreich und Portugal hatten versucht, noch weitere Ausnahmen in der Ratsentscheidung durchzusetzen, darunter vollständige Ausnahmen für bestimmte Fischarten. Sie scheiterten aber am Widerstand der nordwestlichen Mitgliedstaaten, darunter Deutschland.

Die Entscheidung des Fischereirats bildet nun die Basis für Verhandlungen mit dem EU-Parlament. Dessen Fischereiausschuss hatte Anfang Februar für ein sehr viel strengeres Rückwurfverbot gestimmt (siehe umwelt aktuell 02.2013, S. 26). [am]

- ▶ www.kurzlink.de/pr-fish-council-0213
- ▶ Greenpeace, Saskia Richartz, Brüssel, +32 (0)495 / 290028, E-Mail: saskia.richartz@greenpeace.org, www.greenpeace.org/eu-unit

Daseinsvorsorge

Weiter Diskussion um Wasserprivatisierung

■ Die EU-Kommission hat die Darstellung zurückgewiesen, sie wolle mit der Konzessionsrichtlinie Kommunen zur Privatisierung von Wasserdienstleistungen zwingen. Binnenmarktkommissar Michel Barnier schlug vor, Unternehmen von der Richtlinie auszunehmen, die 80 Prozent ihres Umsatzes in einer Kommune erwirtschaften. Sie müssten dann nicht europaweit ausschreiben.

Der EU-Abgeordnete Sven Giegold (Grüne) und der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) kritisierten, dass trotz dieser Ausnahmeregelung rund 400 Stadtwerke von der Ausschreibungspflicht betroffen wären.

Sie forderten die Bundesregierung auf, im Ministerrat für einen Ausschluss von Wasserdienstleistungen aus dem Geltungsbereich der Richtlinie zu votieren. Bis Redaktionsschluss blieb unklar, auf welchen Kompromiss sich Vertreter von Rat, Parlament und Kommission im Trilog-Verfahren einigen würden. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/giegold-wasser-0313
- ▶ www.vku.de

Flusspolitik

Eckpunktepapier für Elbnutzung präsentiert

■ Der Bund und die Elbe-Bundesländer haben im März ein Eckpunktepapier für die Nutzung der Elbe vorgestellt. In dem Papier soll die „umweltverträgliche verkehrliche Nutzung sowie die wasserwirtschaftlichen Notwendigkeiten mit der Erhaltung des wertvollen Naturraums in Einklang“ gebracht werden. Dazu soll eine Gesamtstrategie für die Binnenelbe entwickelt werden, die verkehrliche Interessen und Naturschutz „gleichrangig“ betrachten soll.

Der BUND lobte die Entwicklung des Gesamtkonzepts. Allerdings sei die Elbe aufgrund ihres relativ niedrigen und stark schwankenden Wasserstandes als Verkehrsweg nur von geringer Bedeutung. Gleichzeitig sei sie ein in Deutschland einzigartiges Flussökosystem. Priorität müsse daher die Umsetzung der relevanten europäischen und nationalen Naturschutzgesetzgebung haben. Zur verkehrlichen Nutzung solle vor allem der Elbe-Seitenkanal verbessert werden. [am]

- ▶ Konzept zur Nutzung der Elbe: www.kurzlink.de/elbe-konzept-bmu0313
- ▶ BUND, Gewässerexperte Winfried Lücking, Berlin, +49 (0)30 / 27586-465, E-Mail: winfried.luecking@bund.net, www.elbeinsel.de

EU-Gewässer

Wasser braucht keine Medizin

■ Vor dem Start der Trilog-Verhandlungen über die Revision der Richtlinie über prioritäre Stoffe haben Umweltverbände gefordert, den Gewässer- und Gesundheitsschutz nicht hintanzustellen. Der Kommissionsvorschlag, der zwischen Rat und Parlament verhandelt wird, sieht vor, 15 neue Stoffe zu der Liste der prioritären Stoffe hinzuzufügen. Außerdem sollen die zulässigen Grenzwerte für einige Stoffe überarbeitet werden (umwelt aktuell 03.2012, S. 25).

Das Pestizid Aktions-Netzwerk PAN Germany forderte Bundesumweltminister Peter Altmaier in einem offenen Brief auf, sich entschiedener für die Reinhaltung von Flüssen und Seen einzusetzen. So müsse REACH mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Einklang gebracht und die Grenzwerte für die Stoffe spätestens 2021 eingehalten werden. Einige EU-Mitgliedstaaten wollen die Frist für die Einhaltung der Grenzwerte bis 2027 hinauszögern.

Weiterer Streitpunkt ist die Frage, wie Arzneimittel in der Richtlinie berücksichtigt werden. PAN Germany mahnte hier sofortiges Handeln an. Es geht vor allem um die Pharmastoffe Diclofenac, 17 alpha Ethinylestradiol und 17 beta Östradiol. Solche Stoffe haben im Wasser nichts verloren.

Martina Mlinaric, Wasserexpertin beim Europäischen Umweltbüro, wies auf die Folgen der Medikamentenrückstände für Fischpopulationen hin. Die Feminisierung von Fischen und die daraus folgenden Verhaltensänderungen könnten zum Kollaps ganzer Fischbestände führen, was schwere Folgen für aquatische Systeme und ihre Ökosystemdienstleistungen hätte.

Auf diese Gefahren machte auch die Deutsche Umwelthilfe (DUH) in einem Hintergrundpapier aufmerksam und forderte kostenlose Rückgabesysteme für Altmedikamente in Apotheken. Über die kostenlose Rückgabemöglichkeit sollten KundInnen schon beim Kauf informiert werden.

Die Kosten für das System sollten die Medikamentenhersteller gemäß dem Konzept der Produktverantwortung tragen, wie es auch im Bereich Elektrogeräte üblich ist. Studien zufolge entsorgt jeder siebte Bürger seine ungenutzten Tabletten zumindest gelegentlich in der Toilette. Flüssiger Medikamentenreste entledigt sich fast jeder Zweite auf diesem Weg.

Die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Rat und Parlament lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. [am]

- ▶ PAN-Brief: www.kurzlink.de/pan-altm-prior0313
- ▶ EEB-Briefing: www.kurzlink.de/eeb-prior-sub-130313
- ▶ DUH-Hintergrundpapier: www.kurzlink.de/alt-med-pap-duh0313

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Transatlantische Freihandelszone

USA und EU beginnen mit Verhandlungen

■ Die EU und die USA werden Verhandlungen über die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone aufnehmen. Das kündigten US-Präsident Barack Obama, EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im Februar gemeinsam an. Die Verhandlungen über den weiteren Abbau von Handelshemmnissen sollen bereits im Juni auf dem G8-Gipfel in Großbritannien beginnen und bis 2016 zum Abschluss eines Freihandelsabkommens führen.

„Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen sind jetzt schon die weltweit größten und machen rund die Hälfte der Weltwirtschaft aus“, heißt es in der Erklärung. Durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen soll die Handelspartnerschaft ausgebaut werden. Von der Schaffung des weltweit größten Marktes auf beiden Seiten des Atlantiks versprechen sich die EU und die USA, das Wirtschaftswachstum zu fördern, Investitionsanreize zu setzen und Arbeitsplätze zu schaffen.

In den Verhandlungen geht es neben dem Abbau der Handelszölle auch um die Beseitigung von nicht tarifären Handelshemmnissen. So würden zum Beispiel Zulassungsbedingungen für Medikamente, Industriestandards, Produktstandards und Regulierungen im Umweltschutz die freie Ein- und Ausfuhr von Waren beschränken, klagen die Verhandlungspartner. Verbraucherschützer sind daher besorgt und warnen vor den negativen Folgen für die europäischen Konsumenten. Durch eine Öffnung der Märkte würden Standards im Verbraucher- und Gesundheitsschutz erheblich sinken, da auch solche Produkte auf den europäischen Markt gelangen könnten, die dort bisher nicht zugelassen sind. ▶

Besonders umstritten ist die Einfuhr von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und hormonbehandeltem Fleisch in die EU. Der US-Agrarattaché in Berlin bezeichnete die Verhandlungen als eines der „großen“ Agrarprojekte 2013 und stellte die europäische Haltung zur Agrogen-technik als „problematisch“ dar.

Erich Pica, Präsident von Friends of the Earth (FoE), kritisierte die geplante Freihandelszone deutlich und warnte vor einer Verwässerung der EU-Umweltstandards. Dabei betonte er, dass die Einfuhr von genmodifizierten Produkten die Ökosysteme auf lange Sicht gefährde.

In den Verhandlungen gilt es zu klären, welche Standards angeglichen werden und wo Ausnahmen weiterhin erlaubt sein sollen. Außenwirtschaftsexperten erwarten, dass die Verhandlungen um die Ausgestaltung einer Freihandelszone mehrere Jahre dauern werden. [ww]

- ▶ Friends of the Earth:
www.kurzlink.de/press-foe-eu-usa
- ▶ Mitteilung, US-Agrarattaché:
www.kurzlink.de/freihandel-03-13

EU-Bürokratie

Helfende Hand für KMU

■ Die EU-Kommission will Rechtsvorschriften erleichtern, die kleine und mittlere Unternehmen (KMU) am stärksten belasten. Das gab sie im März bekannt. Nachdem die Kommission durch eine Konsultation die zehn größten Hindernisse ermittelt hat, will sie diese nun beseitigen. Im Umweltbereich verursachen laut der Befragung die REACH-Verordnung sowie die Abfallrahmengesetzgebung den meisten bürokratischen Aufwand. Bis Juni 2013 will die Kommission geeignete Maßnahmen vorschlagen. Im Fall von REACH will sie Gebührenermäßigungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) prüfen, damit die finanziellen Auswirkungen der Registrierung gleichmäßiger verteilt werden. [aw]

- ▶ Mitteilung der Kommission:
www.kurzlink.de/kmu-top10

Ressourcenschonung

Bündnis für Ressourcenschutz

■ Unter dem Motto „Ressourcenpolitik 2.0“ hat der NABU mit elf deutschen Unternehmen die „Allianz Ressourcenschonung“ gebildet. Mitte März stellte sich das Bündnis erstmals der Öffentlichkeit vor. Anlass war eine gemeinsame Erklärung, in der die Allianz zeigt, wie Ressourcenschonung erfolgreich in die unternehmerische Praxis umgesetzt werden kann. Dazu seien politische Rahmenbedingungen notwendig, die eine ressourcenschonende Produktion fördern. Der NABU bringt in der Allianz Unternehmen zusammen, die sich dazu verpflichten ressourcenschonend zu produzieren.

In der gemeinsamen Erklärung fordert das Bündnis ein Umsteuern in der Politik. Die freiwilligen Maßnahmen und Förderprogramme der deutschen Ressourcenstrategie seien nicht ausreichend, um den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu senken.

Notwendig seien eine ressourcenpolitische Steuerreform, der Abbau von umweltschädlichen Subventionen und ordnungspolitische Vorgaben, etwa zu ökologischem Produktdesign und Recycling. Außerdem müssten soziale und ökologische Kriterien bereits in der Rohstoffpolitik eine größere Rolle spielen.

„Die gemeinsame Erklärung zeigt, dass Unternehmen zu viel weitreichenderen Maßnahmen bereit sind, als die Bundesregierung sie bislang verfolgt“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. [ww]

- ▶ Gemeinsame Erklärung „Ressourcen schonen – Zukunft sichern“:
www.kurzlink.de/nabu-ressallianz
- ▶ NABU, Ulrike Meinel, Referentin für Ressourcenpolitik, Berlin, Tel +49 (0)30 / 284984-1178, E-Mail: ulrike.meinel@nabu.de

Ressourceneffizienz

EU verschwendet Rohstoffe

■ Das Umweltnetzwerk Friends of the Earth Europe (FoEE) hat ökologische und soziale Auswirkungen der Gewinnung,

Nutzung und Entsorgung von Baumwolle, Aluminium und Lithium untersucht. Die Studie zeigt, dass vor allem Recycling, Wiederverwertung und Abfallsammlung in Europa zu wenig Anklang finden.

Wertvolle Materialien würden als Abfall häufig auf Deponien landen, verbrannt oder einfach weggeworfen. Für Lithium gibt es in der EU nur sehr geringe Sammelquoten, dabei könnten gesetzlich verbindliche Ziele sehr effektiv sein. Aluminium könnte noch mehr recycelt werden, denn im Gegensatz zu Lithium geht die Qualität des Materials während des Prozesses nicht verloren. Jährlich werden 5,8 Millionen Tonnen Textilien von den Europäern weggeworfen, allerdings werden davon nur 25 Prozent recycelt, 75 Prozent werden verbrannt oder landen auf Deponien.

Gerade weil Europa als einer der größten Netto-Importeure für Rohstoffe bekannt ist, müsse ein Umdenken stattfinden. Das verschwenderische Verhalten führe nicht nur zu der Zerstörung der Umwelt. Auch die Menschen, die in den Rohstoffländern leben, kämpfen mit negativen Auswirkungen. Das nachhaltige Nutzen von Materialien und weniger Müll würden außerdem zu einer geringeren Importabhängigkeit führen. Abfallvermeidung, Wiederverwerten, Recyceln und Reparieren könnten langfristig Ressourcen nachhaltig nutzen und den Weg für eine Null-Abfall-Gesellschaft bahnen. [hk]

- ▶ Studie: www.foeeurope.org/less-more-140213

Flächennutzung

Verschwendung wirkt global

■ Die EU verbraucht im weltweiten Vergleich zu viel Fläche. Das geht auf Kosten von Entwicklungsländern und der Umwelt, wie ein Bericht von Friends of the Earth belegt. Grund für den großen Landfußabdruck sind demnach das hohe Konsumniveau in europäischen Ländern und ein verschwenderischer Umgang mit Ressourcen. [ww]

- ▶ FoE: www.kurzlink.de/konsum-flaeche-glob

Ökologische Wende versus Sozialpolitik

Beim Vernetzungsworkshop des Deutschen Naturschutzrings im Januar in Berlin diskutierten VertreterInnen aus Umweltorganisationen, Sozialverbänden, Entwicklungszusammenarbeit, Verwaltung und lokalen Initiativen über Zielkonflikte und Schnittmengen zwischen Sozial- und Umweltpolitik. Es ging darum, Impulse für den Schulterschluss zwischen den vielfältigen Organisationen zu geben.

■ Wir müssen und können den sozial-ökologischen Gesellschaftswandel vorantreiben – und wir werden es nur gemeinsam schaffen. Das ist die Kernbotschaft des Vernetzungsworkshops „Ökologische Wende versus Sozialpolitik? – Zielkonflikte, potenzielle Synergien und zivilgesellschaftliche Innovationen“, zu dem der Deutsche Naturschutzring im Rahmen des Projekts „Generationengerechtigkeit als sozial-ökologische Herausforderung“ am 21. Januar eingeladen hatte.

Zahlreiche VertreterInnen von Umwelt- und Sozialverbänden, Verwaltung und lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen waren dieser Einladung gefolgt, um gemeinsam Schnittmengen zwischen Sozial- und Umweltpolitik zu diskutieren: Klimawandel, Verlust von Artenvielfalt, Ressourcenknappheit – der ökologische Umbau ist erforderlich, damit auch zukünftige Generationen einen lebenswerten Planeten vorfinden. Aber kann die ökologische Wende gelingen, ohne soziale Ungerechtigkeit zu verschärfen und neue soziale Gräben zu reißen? Oder kann Gerechtigkeit nur durch das Zusammendenken von Ökologie und Sozialem erreicht werden?

Lokale Projekte mit Modellcharakter

In den Diskussionen wurde deutlich: Trotz mancher Unterschiede eint alle der Wunsch und der Wille, echte Nachhaltigkeit zu schaffen. Das kann nur gelingen, wenn Ökologie und Soziales zusammen erwogen werden. Schon jetzt zeigen verschiedene kleinere Projekte und lokale Initiativen beispielhaft, wie der sozial-ökologische Umbruch und ökologische Gerechtigkeit erreicht werden können: In München zum Beispiel gelang es dem Projekt „Bio für Kinder“ in mehreren Schulen und Kindergärten das Speiseangebot zu 100 Prozent auf Bioernährung umzustellen.

Weniger Fleisch, vorwiegend regionale und saisonale Produkte sowie den kindlichen Bedürfnissen angepasste Speisemengen sorgten für faire Preise bei durchschnittlichen Mehrkosten von 30 Cent.

Dennoch waren sich die TeilnehmerInnen und ReferentInnen darüber einig, dass innovative Modellprojekte allein kein Umdenken in Gesellschaft und Politik bewirken könnten. Es brauche eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft, da „die politischen Kräfte heute viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt sind, um ihre Gestaltungsaufträge wahrzunehmen“, erklärte Michael Zschiesche vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen. Auch der Vorsitzende der Naturfreunde Deutschlands Michael Müller forderte eine „Repolitisierung der Gesellschaft“.

Die Notwendigkeit des Zusammenkens von Umwelt und Sozialem gerät immer stärker in den Fokus der Debatte. Ob der Transformationskongress von DNR, EKD und DGB zur sozial-ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft, eine Fachkonferenz des BfN zu Naturschutz und Gerechtigkeit oder das Bündnis aus Sozial- und Umweltakteuren innerhalb der Klima-Allianz, das sich für eine sozial gerechte Energiewende starkmacht – das Thema gewinnt an Relevanz.

Forderungen an die Politik

Aber auch die Politik wurde in die Pflicht genommen, Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Gesellschaftspolitik zu schaffen. So formulierten die TeilnehmerInnen Forderungen für eine sozial gerechte Energiewende, wie zum Beispiel den Abbau von Industrievergünstigungen, die Aufstockung von Sozialtransfers in Verbindung mit flächendeckender kostenloser Energiesparberatung oder die Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Parallel

zur politischen Förderung der Energiewende wurde auch der Ruf nach einem Aktionsplan für ökologische Landwirtschaft laut. Dieser solle neben einem klaren Bekenntnis zum Ökolandbau zum Beispiel Greeningmaßnahmen für konventionelle Landwirtschaftsbetriebe und eine gezielte Förderung gesunder und ökologischer Lebensmittel enthalten.

Nur nachhaltiges Handeln ist wirklich sozial

Auch der Bundesvorsitzende des BUND Hubert Weiger forderte in seiner Rede eine Politik, die Rahmenbedingungen für eine ökologische und gesunde Ernährung schafft und die Grundlage für eine sozial ausgewogene Energiewende legt. Gerade auch die Umweltbewegung sei gefordert, sich den neuen, sozial-ökologischen Herausforderungen zu stellen und sich im Rahmen neuer, starker Allianzen für eine verbesserte und nachhaltige Lebensqualität einzusetzen, sagte Weiger.

Lisi Maier, Vorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und des Deutschen Bundesjugendrings, appellierte in ihrer Rede an die Politik, ökologische und soziale Interessen gemeinsam zu betrachten und nicht gegeneinander auszuspielen. Nachhaltigkeit sei kein Luxus der westlichen Welt, sondern eine Notwendigkeit für den sozialen Frieden weltweit. Eines aber ist Lisi Maier und allen TeilnehmerInnen des Workshops klar: „Eine ökologische und nachhaltige politische Orientierung ist echte Sozialpolitik – für die Jugend von heute und für die Gesellschaft von morgen!“ **[Daniel Hiß]**

► DNR, Berlin, Projekt Generationengerechtigkeit, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87, E-Mail: theres.a.klostermeyer@dnr.de, www.dnr.de/projekte/generationen--gerechtigkeit

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU)

Seit der Gründung 1990 agiert die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband (ANU) als Dach- und Fachverband der Umweltzentren, Initiativen und der in der Umweltbildung tätigen Einzelpersonen. Der Bundesverband arbeitet intensiv mit den zwölf Landesverbänden zusammen. Die ANU engagiert sich für die Umweltbildung im Elementarbereich bis hin zur beruflichen Weiterbildung. Des Weiteren bildet der Verein die Interessenvertretung der Mitglieder auf Bundesebene. Die Mitglieder können sich außerdem auf Tagungen oder Weiterbildungen austauschen und weiterentwickeln. Mit ihrem Internetportal und der Mailingliste „ANU-Infodienst“ bietet die ANU verschiedene Dienstleistungen zu Informationszwecken an. In der „umwelt aktuell“ des DNR wird zudem der ANU-Printinfodienst „ökopäd-NEWS“ veröffentlicht. Wer Teil der 1.075 mitgliederstarken ANU werden will, kann dem Verband beitreten. [hk]

- ▶ Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband (ANU), Annette Dieckmann, Frankfurt/Main, Tel. +49 (0)69 / 71673329-0, Fax -10, E-Mail: bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de

Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA)

Seit 1987 engagiert sich die Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA) für den Schutz und die nachhaltige Nutzung von Wäldern weltweit. Dazu arbeitet die ARA in verschiedenen Tropenwaldre-

gionen mit lokalen Partnern zusammen. Die Partner sind indianische Gemeinschaften, kleinbäuerliche Vereinigungen oder Naturschutzbehörden. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit liegen zurzeit in Brasilien, Kambodscha und Surinam. In ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bemüht sich die ARA um eine stärkere Integration von umwelt- und entwicklungs-politischen Themen. Die Themen reichen von aktuellen waldpolitischen Fragen bis zu regionalen Kampagnen für einen zukunftsfähigeren Umgang mit natürlichen Ressourcen (Papierwende). Die ARA hat etwa 500 Fördermitglieder. Wer die ARA unterstützen möchte, kann Fördermitglied werden oder eine Patenschaft für ein bestimmtes Projekt übernehmen. [ARA]

- ▶ Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA), Monika Nolle, Bielefeld, Tel. +49 (0)521 / 65943, E-Mail ara@araonline.de, www.araonline.de

Beate und Hubert Weinzierl Stiftung

Der DNR-Ehrenpräsident Hubert Weinzierl und seine Ehefrau Beate Seitz-Weinzierl haben im Jahr 2006 die Beate und Hubert Weinzierl Stiftung gegründet. Ziel ist es, dass das Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden erhalten bleibt. Das besagte Schloss im Bayerischen Wald dient seit 1983 als Umweltbildungseinrichtung. Zum Umweltzentrum gehören beispielsweise das Luchs- und Wildkatzengehege, eine Arche aus Holz, ein Baumhaus und ein Lagerfeuerplatz. Die anliegenden Naturschutzgebiete „Weiherlandschaft bei Wiesenfelden“ und „Brandmoos“ machen einen Besuch zusätzlich zu einem Highlight. Das Angebot reicht von Exkursionen und Veranstaltungen für Kindergärten, Schulklassen und pädagogischen Einrichtungen bis hin zu dem Mieten von verschiedenen Räumen. Das Schloss Wiesenfelden ist ausgestattet mit Seminar- und Aufenthaltsräumen, einer Medienstation und einem naturkundlichen Museum. [hk]

- ▶ Beate und Hubert Weinzierl Stiftung, Beate Seitz-Weinzierl, Wiesenfelden, Tel. +49 (0)9966 / 777, E-Mail: stiftung@schloss-wiesenfelden.de, www.schloss-wiesenfelden.de

Fachtagung

Religions- und kultursensibler Klima- und Umweltschutz

■ Vom Energiesparen bis zum Artenschutz auf dem Gemeindegelände, vom Einkauf von Fair-Trade-Produkten oder Solarzellen auf dem Moscheedach – die Möglichkeiten für Umweltverbände, ihren Wirkungskreis zu erweitern, sind noch nicht ausgeschöpft. Damit Umweltverbände und christliche, jüdische, russisch-orthodoxe und muslimische Gruppierungen in Deutschland gemeinsame Handlungsoptionen diskutieren und sich vernetzen, veranstaltete die Evangelische Akademie Loccum Anfang März eine Tagung. Noch immer gibt es Berührungspunkte zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund und Natur- und Umweltschutzverbänden. Daher gilt für beide Seiten, sich stärker zu öffnen und Gemeinsamkeiten zu definieren. Dann kann es gelingen, zusammen in Deutschland für einen gesellschaftlichen Wandel für mehr Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz einzutreten. Die Veranstaltung zeigte, dass für alle Beteiligten die Berücksichtigung des religiösen Hintergrundes und das Eingehen auf den kulturellen Hintergrund eine bedeutende Rolle spielt und stärker Beachtung finden muss. [hih]

- ▶ www.loccum.de/programm/p1309.html
- ▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax-80, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

EHRENAMT

Europäisches Bürgerjahr 2013

Informationen online

■ Die Europäische Union hat für das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger eine eigene Webseite geschaffen. Dort kann man Veranstaltungen eintragen lassen, Dokumente und Toolkits für eigene Aktivität-

ten heruntergeladen sowie an Debatten teilnehmen. Die Seite steht in vielen Sprachen zur Verfügung, allerdings nicht in allen Bereichen. In Deutschland erhielt die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) vom Auswärtigen Amt den Auftrag, eine Informationsseite über das Europäische Jahr 2013 zu gestalten. Seit Mitte März ist sie freigeschaltet. [mbu]

► www.europa.eu/citizens-2013/de/home

Bürgerschaftliches Engagement

Aktionswoche 2013

■ Dieses Jahr findet die Woche des bürgerschaftlichen Engagements vom 10. bis 21. September statt. Drei inhaltliche Schwerpunkte sind geplant: Unternehmensengagement bei „Partnerschaften“ am 12. September, Rahmenbedingungen für Engagement am 16. September sowie Partizipation und Bürgerbeteiligung am 19. September. Einzelinitiativen, Verbände, Institutionen und Unternehmen können ihre Aktivitäten zu den Thementagen zum Beispiel in Form von Sonderinfonewslettern mit Informationen und Best-Practice-Beispielen präsentieren. [mbu]

► www.kurzlink.de/2013-buergerwoche

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Trophée de femmes 2013

Drei Frauen aus Deutschland für Naturengagement geehrt

■ Ende Februar hat die Umweltstiftung Foundation Yves Rocher zum zehnten Mal den nationalen Umweltpreis „Trophée de femmes“ in Deutschland verliehen. Mit einem Preisgeld von insgesamt 18.000 Euro hat die Stiftung drei Frauen für ihren Einsatz im Umwelt- und Naturschutz ausgezeichnet.

10.000 Euro erhielt Gülcan Nitsch für ihre Initiative „Yesil Cember“: Türkisch-sprechende Menschen in Deutschland sollen für den Umweltschutz begeistert und ihre Integration gestärkt werden. Michaela Skuban wurde mit 5.000 Euro geehrt. Sie widmet sich in der Slowakei dem Schutz der Braunbären und dem Erhalt von dessen Lebensraum.

Die Landesvorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland in Baden-Württemberg Brigitte Dahlbender wurde mit 3.000 Euro ausgezeichnet. Mit ihrem Projekt „Schmetterlingsland Baden-Württemberg“ will sie das Bewusstsein für die Relevanz der Biodiversität und

der ökologischen Landschaft stärken. Die „Trophée de femmes“ wird mittlerweile in sieben Ländern verliehen. Die erste Preisträgerin des nationalen Preises qualifiziert sich jeweils für den Wettbewerb auf internationaler Ebene. [hk]

► www.yves-rocher-fondation.org/de

Wettbewerb

Europäische Freiwilligenhauptstadt

■ Das Europäische Freiwilligenzentrum CEV, das größte Netzwerk zur Förderung des freiwilligen Engagements in Europa, hat den Startschuss zur Suche der Europäischen Freiwilligenhauptstadt 2013 gegeben. Städte und Gemeinden können im Rahmen des Wettbewerbs „European Volunteer Capital“ ihre Maßnahmen zur Förderung des Bürgerengagements und ihre Kooperationsstrukturen mit lokalen Infrastruktureinrichtungen einer europäischen Fachjury vorstellen und sich damit um den Titel Europäische Freiwilligenhauptstadt bewerben. [mbu]

► Bewerbungsunterlagen: www.cev.be/european-volunteering-capital-competition-launch/

Nachhaltigkeit

A-Z



V wie Vernetzung

Eine nachhaltige Entwicklung erfordert eine umfassende gesellschaftliche Transformation. Regionale Nachhaltigkeitsnetzwerke und Kooperationen sind dabei von zentraler Bedeutung – insbesondere zwischen Unternehmen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Hier können alle Akteure von gegenseitigem Vertrauen, emotionaler Bindung, spezifischer Vor-Ort-Kennntnis und konkreter Ergebnisorientierung profitieren.

C. Baedeker
Regionale Netzwerke
 Gesellschaftliche Nachhaltigkeit gestalten – am Beispiel von Lernpartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen
 304 Seiten, broschiert, 34,95 Euro, ISBN 978-3-86581-322-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

TERMINE

APRIL

09.04., Feldberg (D)
Lederblümchen – Blume des Jahres 2013
 – Indikator. Seminar mit Exkursion
 ▶ Landeslehrstätte

für Naturschutz und nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern, Loki Schmidt Stiftung, Tel. +49 (0)3843 / 777-24, Fax -9249, E-Mail: lls@lung.mv-regierung.de, www.kurzlink.de/leberbl-mv

15.–16.04., Berlin (D)

Kosten und Folgekosten der technischen und verkehrlichen Infrastruktur bei der Siedlungsentwicklung. Seminar

▶ Difu, Sylvia Bertz, Tel. +49 (0)30 / 39001-258, Fax -268, E-Mail: bertz@difu.de, www.difu.de/veranstaltungen/2013-04-15

15.–16.04., Tutzing (D)

Heizen auf Teufel komm raus? Tagung

▶ Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251-146, E-Mail: info@ev-akademie-tutzing.de, web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php

15.–18.04., Putbus (D)

Der Nutzen von Ökonomie und Ökosystemleistungen für die Naturschutzpraxis – Workshop IV: Landwirtschaft

▶ Bundesamt für Naturschutz, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86-112, Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfm-vilm.de, www.bfn.de/0603_kalender.html

17.–19.04., Genf (CH)

Eine ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschaft: Eine Lösung in Krisenzeiten? Europäische Konferenz

▶ ICLEI – Local Governments for Sustainability, E-Mail: info@sustainablegeneva2013.org, www.sustainablegeneva2013.org

18.04., Bonn (D)

Wasserkraftnutzung – ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Energiewende. Konferenz

▶ Eurosolar, Tel. +49 (0)228 / 2891449, Fax +49 (0)228 / 361213, E-Mail: wasserkraft@eurosolar.de, www.kurzlink.de/va-wasserkraft

18.04., Koblenz (D) & 19.04., Karlsruhe (D)

Erfolgreiche Radverkehrsförderung unter schwierigen Bedingungen. Seminar

▶ Difu, Simone Harms, Tel. +49 (0)30 / 39001-132, Fax -241, E-Mail: harms@difu.de, www.difu.de/veranstaltungen/2013-04-18 oder www.difu.de/veranstaltungen/2013-04-19

20.04., Nürnberg (D)

Erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Journalistisches Schreiben. Grundlagenseminar

▶ Petra-Kelly-Stiftung, Gerd Rudel, Tel. +49 (0)89 / 242267-30, Fax -47, E-Mail: rudel@petra-kelly-stiftung.de, www.petrakellystiftung.de/programm

22.–24.04., Clausthal (D)

Forum Abfallentsorgung in Hochschulen. Arbeitstagung

▶ HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Technische Universität Clausthal, Tel. +49 (0)5323 / 72-2623, E-Mail: office@wa.tu-clausthal.de, www.kurzlink.de/va-abfall-his

25.–26.04.2013, Nürnberg (D)

Flächensparen/Flächenmanagement – Boden gut machen. Jahrestagung

▶ Boden-Bündnisse europäischer Städte, Kreise und Gemeinden, Uta Mählmann, Tel. +49 (0)541 / 323-2000, Fax -152000, E-Mail: bodenbuendnis@osnabrück.de

26.–28.04.2013, Reiskirchen-Saasen (D)

Gentechnik – Risiken und Nebenwirkungen, emanzipatorische Kritik und Aktionen. Seminar

▶ Projektwerkstatt Saasen, Tel. +49 (0)6401 / 903283, E-Mail: saasen@projektwerkstatt.de, www.projektwerkstatt.de/termine

27.–28.04.2013, Ammersbek (D)

Footprint, CO₂-Bilanz und neue Lebensstile. Instrumente für den notwendigen Wandel? Seminar

▶ UmweltHaus am Schüberg, Thomas Schönberger, Tel. +49 (0)40 / 605-1014, E-Mail: schoenberger@haus-am-schueberg.de, www.kurzlink.de/va-footprint

MAI

01.–05.05.2013, Hamburg (D)

Soviel du brauchst. Evangelischer Kirchentag 2013

▶ Verein zur Förderung des Deutschen Kirchentages u.a., Tel. +49 (0)661 / 96950-0, Fax -90, E-Mail: info@kirchentag.de, www.kirchentag.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 44

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell April 2013
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Fabian Carrels [fc], Hannah Klocke [hk], Antonia Weiller [aw], Wiebke Witt [ww], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** DLR (Titel), ©European Parliament/Pietro Naj-Oleari (S. 19). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de
 Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Partizipation Jugendlicher

Jugendliche stärken und ihnen eine Stimme geben

Die Jugend ist unsere Zukunft. Das hört man immer wieder. Doch gibt die Gesellschaft ihnen die richtigen Impulse und Anreize mit auf den Lebensweg? Wo sind ihre Vorbilder? Und wer macht den Jugendlichen Mut? Das Projekt „youthinkgreen“ motiviert Jugendliche, sich für Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit einzusetzen.

□ Donnerstagmittag am Brandberg in Namibia. Unweit eines zerstörten Brunnens haben Schüler der Höheren Deutschen Handelsschule Windhuk, ihre Lehrer sowie ein Filmteam ihre Zelte aufgeschlagen. Die Schüler sind Klimabotschafter des internationalen Projekts „youthinkgreen – jugend denkt um.welt“. Sie reparieren den Brunnen zusammen mit den Anwohnern, drehen darüber zwei Umweltwerbespots mit Profis – und erleben, dass sie etwas bewegen und verbessern können. Wie kommt es dazu, dass die Jugendlichen eigene Motivation entwickeln, um solche Projekte in die Hände zu nehmen und zu ihrer Aufgabe zu machen?

Global denken, lokal handeln

Mehr als 200 Jugendliche aus zehn Ländern und vier Kontinenten beschäftigen sich seit mehr als einem Jahr im Projekt „youthinkgreen“ mit den Schwerpunktthemen „Nachhaltiger Konsum“, „Nachhaltige Mobilität“ und „Erneuerbare Energien“. Sie haben sich selbst hinterfragt, haben Bekannte, Unternehmer und Politiker interviewt. Sie setzen sich für einen nachhaltigeren Lebensstil ein. Weltweit.

Jede Gruppe hat mindestens ein lokales Nachhaltigkeitsprojekt initiiert. Die Jugendlichen – und auch ihre Betreuer – standen vor vielen Fragen: Was wollen wir machen? Was sollten wir machen? Was können wir machen? Brauchen wir externe Partner? Häufig richten sich die Gruppen an die Zivilbevölkerung. Youthinkgreen-Klimabotschafter der Ursulaschule Osnabrück produzieren monatlich eine Radio-sendung zu ihren Themen und Aktionen. In Neu-Delhi wurde der „Green Carnival“ ins Leben gerufen. Drehbuchworkshops geben den Jugendlichen beispielsweise die Möglichkeit, Medien und Werbung kritisch zu hinterfragen und eigene Ideen

und Appelle kreativ in Umweltwerbespots umzusetzen. Die Arbeit mit einem Theaterpädagogen macht sie selbstbewusst für Auftritte und Kampagnen. Experten bei nationalen und internationalen Seminaren bestärken sie. Die Betreuer führen sie und lassen sie laufen – ein gesundes Mittelmaß muss gefunden werden. So können die Jugendlichen wachrütteln, Menschen zusammenführen, und sie für ein verantwortungsbewusstes Handeln motivieren.

Neben der inhaltlichen Arbeit und den lokalen Nachhaltigkeitsprojekten haben die Jugendlichen starke Symbole gefunden. Sie verleihen weltweit den grünen Faden, so zum Beispiel an Bundesumweltminister

THEMENHEFT: JUGENDENGAGEMENT INTERNATIONAL

Peter Altmaier. Sie haben beim UN-Klimagipfel in Doha den „Baum der Hoffnung“ ins Leben gerufen, dessen Gerüst in Doha aus Müll geschaffen wurde. Auf die Blätter schrieben Menschen aus der gesamten Welt Wünsche, Forderungen und Ängste.

Motivation und Persönlichkeitsentwicklung besser fördern

Doch was treibt die Jugendlichen an? Es kommen Jugendliche in das Projekt, die ein latentes Interesse für Themen rund um den Klimaschutz haben. Sie wollen etwas verändern. Sie suchen und finden im Projekt Gleichgesinnte. Sie wachsen. Sie wirken auf ihr Umfeld. Sie hinterfragen, sie sensibilisieren, sie gestalten. Es motiviert sie, dass ihnen etwas zugetraut wird und sie Entdeckungsmomente erleben. Die Jugendlichen finden einen Bereich, indem sie ihrer „Suchbewegung“ nachgehen können und sie unterstützt werden, den „richtigen“ Weg zu finden. Auch erlebte Trotzreakti-

onen und Abqualifizierungen der Jugendlichen durch die „ältere Generation“ oder Entscheidungsträger können motivieren. Die Jugendlichen reifen im Projekt zu kritischen Verbrauchern, zu aufgeschlossenen Weltbürgern, zu entschlossenen Akteuren. „Unser Projekt ist die beste Lernerfahrung meines Lebens“, sagt beispielsweise Kavleen, 16 Jahre alt, aus Neu-Delhi. „Meine Lernprozesse und Erfahrungswelten durch youthinkgreen übertreffen die der klassischen Schule bei Weitem“, berichtet die 18-jährige Judith vom Osnabrücker Team. „Ich genieße die Internationalität des Projekts, habe viel über andere Kulturen gelernt und welche Ähnlichkeiten in Bezug auf Umweltprobleme zwischen meinem Land und denen der anderen Klimabotschafter existieren“, sagt der 16-jährige Ahmed aus Kairo.

Von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung

Pädagogische Wege abseits des gängigen Schulalltags, das Aufgreifen der aktuellen Themen und Herausforderungen wie Klimawandel, nachhaltige Entwicklungen, Verzicht gegen Gewinn, „De-Globalisierung“ und Nichtfremdbestimmung durch die Medien sind zentrale Erfolgsfaktoren. Youthinkgreen sorgt dafür, dass diese Themen altersgemäß für die Jugend weltweit auf vielfache Weise aufgearbeitet, hinterfragt, vertieft und bewusst verinnerlicht – also Bestandteil ihres Denkens und Handelns – werden.

Nadine Böttcher ist Projektmitarbeiterin von „youthinkgreen – jugend denkt um.welt“.

Dr. Tobias Romberg ist Journalist und Betreuer der Osnabrücker youthinkgreen-Gruppe.

▷ www.youthinkgreen.org

BLICKPUNKT

The Green Bazar Project

Jugendliche gestalten Nachhaltigkeit in Namibia lebensnah

Letztes Jahr hat auch unsere Schule das „grüne Fieber“ gepackt. Wie jedes Jahr feierten wir unseren Basar und wir „youthinkgreener“ haben uns durchgesetzt und konnten ihn fast ganz nach unseren Vorstellungen umweltfreundlich gestalten.

Natürlich ging das nur mit vielen Höhen und Tiefen vom ersten Tag, als wir uns vorgenommen hatten, unsere Ideen durchzusetzen, bis zum letzten Tag. Die Erwachsenen mussten überzeugt werden und das war bei Vorstand und Schulleitung keine leichte Sache. Viele Nachmittage mussten geopfert werden, Präsentationen geplant, strukturiert und vorbereitet werden. Denn was wir vorhatten, war etwas ganz Neues und nicht alle waren von Anfang an von unserer Idee überzeugt. Es hieß dann: „Wie wollt ihr das umsetzen? Was bedeutet für euch ein nachhaltiger Basar? Was ist mit unseren Traditionen?“ Die Fragen gingen so weiter. Zu einem gewissen Zeitpunkt waren wir ziemlich verzweifelt, weil man uns so viele Steine in den Weg gelegt hatte, aber wir konnten uns durchsetzen, denn wir hatten konkrete Vorstellungen.

Unsere Hauptziele waren natürlich weniger Müll: deswegen auch unser Einsatz für die Verwendung von kompostierbarem Besteck und Geschirr. Ferner mussten die einzelnen Klassen versuchen, ihre gesamte Dekoration aus recycelten Materialien zu machen, was an sich für viele schon eine Herausforderung darstellte. Wie kann etwas noch schön aussehen, wenn es aus Müll besteht? Es geht sogar sehr gut, wie viele gemerkt haben. Darum wurde gebastelt, was das Zeug hielt und es hat sich auf jeden Fall gelohnt. Der Basar war so bunt wie noch nie. Die ganzen Klassen gaben sich sehr viel Mühe mit der Dekoration ihrer Stände, um dem Thema möglichst getreu zu werden. Der Torbogen im Eingang war im Gegensatz zu den letzten Jahren mit Buchstaben aus Müll oder anderen organischen Materialien verziert.

Ein Stand hatte sich sogar dafür entschieden, statt auf Tellern ihre Pizza und Pies auf Bananenstaudenblättern zu servieren. Das war natürlich auch optisch schön anzuschauen.

Ein weiterer Aspekt war, mehr Bio-Essen anzubieten. Dies wurde vor allem von unseren Farmern geliefert, aber auch von „The Organic Box“, einer Familie aus Okahandja, die wir ausfindig machen konnten, und die Produkte wie Milch und

Quark ökologisch produziert und sämtliches Gemüse biologisch anpflanzt und anschließend verkauft. Auch eine überwachte Mülltrennung war uns sehr wichtig, weil das ja für uns Namibianer eher unüblich ist und sich die Menschen erst daran gewöhnen müssen. Für viele europäische Einwohner ist das etwas Selbstverständliches, aber für uns Einheimische eine Herausforderung, wenn Essensreste in die mit Papier gekennzeichnete Tonne geworfen werden müssen. Es galt dann jedes Mal aufs Neue darauf aufmerksam zu machen, nicht die Geduld zu verlieren und zu hoffen, dass sie sich das auch zu Herzen nehmen. Es hat leider nicht immer geklappt. Aus genau diesem Grund möchten wir auch in Zukunft Mülltrennung in unserem Land mehr fördern.

Wir haben uns im Vorfeld des Basars alle möglichen Gedanken gemacht und zusammen eine Ausstellung organisiert, auf welcher sich „grüne“ namibische Firmen vorgestellt haben. Eine Gärtnerei hatte dann extra für uns kleine Büsche, Topfpflanzen und Blumen in der ganzen Aula ausgestellt, damit sich die Besucher auch rundum wohlfühlen konnten – sogar mit Vogelgezwitscher im Hintergrund. Beim anschließenden Eco-Pub-Quiz haben wir vorher Ideen gesammelt, wie wir die Besucher am besten auf ihr nachhaltiges Wissen testen könnten. Haben sie beantworten können, wie viel Kohlenstoffdioxid ihr Computer zu Hause emittiert, wenn sie ihn nicht ausschalten? Nein! Es sind 80 Kilogramm. Es gab viele engagierte Gruppen, die auf jeden Fall alle auf ihre Kosten gekommen sind, auch wenn ein paar Fragen echt knifflig waren. Am Ende gab es großartige Preise zu gewinnen. So wechselte nicht nur ein Biokomposter, sondern auch eine Solaranlage und ein 200-Liter-Solar-Heißwasserboiler an diesem Abend den Besitzer.

Obendrein haben wir durch unser Engagement viel Geld für die Schule eingenommen und für uns war es natürlich die größte Bestätigung überhaupt, dass, wenn wir etwas wirklich wollen und uns dafür keine Mühen zu wenig sind, wir gemeinsam alles erreichen können.

Teresa Thalmaier
ist Klimabotschafterin der youthinkgreen-Gruppe
an der Deutschen Höheren Privatschule in Windhuk.

▷ www.youthinkgreen.org/group-namibia-01

SCHWERPUNKT: JUGENDENGAGEMENT INTERNATIONAL

Methodenheft

Endlich Wachstum!

□ Das Konzeptwerk Neue Ökonomie hat in Kooperation mit dem gemeinnützigen Verein FairBinding e.V. und der BUNDju-

gend das Methodenheft „Endlich Wachstum!“ veröffentlicht. Darin finden MultiplikatorInnen für die pädagogische Arbeit eine breite Palette an inhaltlichen und methodischen Ansätzen, um mit jungen Menschen im Themenfeld „Wirtschaftswachstum – Grenzen, Alternativen“ zu arbeiten.

Das Methodenset umfasst auf 140 Seiten fünf Kapitel und eignet sich sowohl für

die schulische als auch die außerschulische Bildungsarbeit mit Menschen zwischen 15 und 25 Jahren.

Es kann für sieben Euro (zuzüglich Versand) per Mail an endlich-wachstum@fairbindung.org bestellt werden.

▷ www.fairbindung.org/projekte/endlichwachstum

Jugendbündnis Zukunftsenergie

100 Prozent Engagement

□ Regelmäßig alle zwei Monate trifft sich das Jugendbündnis Zukunftsenergie (JBZE) an verschiedenen Orten in Deutschland zur Projektarbeit. Damit will das bundesweite, offene Netzwerk von Jugendorganisationen und Einzelpersonen im Alter von 17 bis 27 Jahren im Austausch mit anderen Organisationen und Aktiven Wege hin zur 100-prozentigen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien finden. Im Projekt „U-turn“ beschäftigt sich das JBZE mit Szenarien für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Im Mittelpunkt stehen die Fragen, welche Konflikte mit dem Natur- und Umweltschutz dabei entstehen und wie der Ausbau am besten geplant und umgesetzt werden kann.

Gemeinsam werden Bildungsmaterialien zu einzelnen Energiequellen erstellt und in Verbänden, Universitäten und Schulen verbreitet. Am Ende des Projekts steht eine bundesweite Jugendkonferenz mit politischen EntscheidungsträgerInnen und Fachleuten vom 31.10. bis 03.11.

▷ Dana Marquardt, Bildungsreferentin der Naturfreundejugend Deutschlands, E-Mail: marquardt@naturfreundejugend.de

Handreichung

Nachhaltige Schülerfirmen

□ Wie kann eine nachhaltige Schülerfirma gegründet, umgesetzt und gestaltet werden? Eine neue Handreichung bietet dazu umfangreiches Material mit Hintergrundinformationen, praktischen Anleitungen und Tipps. Sie liefert Grundlagen für die Gründung, Umsetzung und Etablierung einer nachhaltigen Schülerfirma, gibt Anregungen für die erfolgreiche Platzierung am Markt und stellt vor, wie das Wirtschaften von Schülerfirmen ökologischer und sozialer werden kann. In fünf Bänden richtet sich die Broschüre an LehrerInnen und außerschulische Fachkräfte. Jeder Band enthält praxisorientierte Arbeitsaufträge für SchülerInnen, die die Umsetzung

von der Theorie bis in die Praxis begleiten. Ziel der Handreichung ist es, die PraktikereInnen zu unterstützen und das Lernen in nachhaltigen Schülerfirmen zu gestalten.

▷ www.nachhaltige-schuelerfirmen.de

Freiwilligendienste

Deutscher Bildungsbericht 2012 meldet Rekordzahl

□ Eine Autorengruppe aus vier Forschungsinstitutionen sowie der statistischen Ämter des Bundes und der Länder hat den Deutschen Bildungsbericht 2012 ausgewertet. Der Bericht wird aus Mitteln der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Bundesländer und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Im Berichtszeitraum gab es mit 70.000 Menschen einen Höchststand der Teilnehmenden über alle Freiwilligendienste hinweg. Ein Blick ins Detail zeigt von 2008 bis 2011 kontinuierlich steigende Zahlen von Freiwilligen im ökologischen Jahr (FÖJ). In den Jahren 2010 und 2011 engagierten sich 2.605 junge Menschen für zwölf Monate für Umweltbelange und Naturschutz im In- und Ausland – eine Rekordbeteiligung in der Geschichte des FÖJ.

Der diesjährige Bericht legt einen Schwerpunkt auf die Analyse kultureller Bildung im Lebenslauf.

▷ www.bildungsbericht.de

Broschüre

Hochschule und BNE

□ „Hochschulen für eine nachhaltige Entwicklung – Ideen zur Institutionalisierung und Implementierung“ – so heißt eine Broschüre der AG Hochschule der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Neben Praxisbeispielen stellt die Broschüre auch Voraussetzungen für BNE in Hochschulen und unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema vor. Kostenlose

Vorbestellungen sind per E-Mail möglich: assistenz-2@esd.unesco.de.

▷ www.bne-portal.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Brandenburg

Sieben auf einen Streich

□ Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) bietet in Kooperation mit der ANU Brandenburg und der Brandenburger BNE AG erstmals eine Weiterbildung zum zertifizierten BNE-Anbieter an. Wissen über Nachhaltigkeit, die Anwendung von Methodik und Didaktik, aber auch ein sicheres Auftreten vor verschiedenen Zielgruppen sind unerlässliche Werkzeuge. Die FH Eberswalde bietet hierzu seit Oktober 2012 sieben Qualifizierungsmodule an. Die Teilnahmebescheinigung wird als Qualifizierungsnachweis für das BNE-Zertifikat anerkannt.

▷ www.anu-brandenburg.de/6511.html

Gut Karlshöhe

Naturinterpretation

□ Die Hamburger Klimaschutzstiftung führt vom 26. bis zum 28. April im Hamburger Umweltzentrum Gut Karlshöhe ein Seminar zur Besucherführung nach dem Konzept der Natur- und Kulturinterpretation durch. Die TeilnehmerInnen üben unter anderem, Einzigartiges zu erkennen und spannend zu enthüllen, den Dingen eine Bedeutung zu geben, zugkräftige Leitideen zu entwickeln, „Trittsteine“ in die Lebenswelt ihrer Gäste zu legen und sie ganzheitlich einzubeziehen. Sie erschließen sich die Inhalte größtenteils im Freien und werten einzelne Übungen im Rahmen von Videotrainings aus. Das Seminar wird von Thorsten Ludwig geleitet. Es umfasst 21 Stunden, die Teilnahme kostet 200 Euro.

▷ www.gut-karlshoehe.de (Programm – Terminkalender)

Energiewende & Bildung

Dokumentation erhältlich

□ „BNEE – Bildung für nachhaltige Entwicklung und Erneuerbare Energien“, so hieß die Veranstaltungsreihe im Frühjahr 2012, deren Ergebnisse jetzt in einer Dokumentation zusammengefasst wurden. Die Tagungen beschäftigten sich mit der Transformation des Energiesystems. Bildung wurde als ein wichtiger Baustein im Umbauprozess benannt, um sich komplexes, neues Wissen zu erarbeiten, Unsicherheiten auszuhalten, Emotionen zu hinterfragen sowie Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. In der Dokumentation werden Bildungsprojekte und -materialien vorgestellt, die MultiplikatorInnen unterstützen, die Energiewende zielgruppenrecht aufzubereiten.

- ▷ Bezug: ANU Bundesverband, Tel. +49 (0)69 / 716733290, E-Mail: bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de (Download)

WISSENSWERT

Nachhaltigkeitsrat

Aktionswoche Nachhaltigkeit

□ Der Rat für Nachhaltige Entwicklung ruft vom 15. bis zum 21. Juni bundesweit zur „Deutschen Aktionswoche Nachhaltigkeit“ auf. Im Internet können Sie Ihre geplanten Veranstaltungen bekannt geben. Auf der Webseite finden alle Teilnehmer neben Informationen zum Konzept der Nachhaltigkeit auch Material für die eigene Öffentlichkeitsarbeit.

- ▷ www.aktionswoche-nachhaltigkeit.de/

Neuerscheinung

Handbuch kulturelle Bildung

□ Die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. und die Universität Hildesheim haben das

„Handbuch Kulturelle Bildung“ veröffentlicht. Auf über 1.000 Seiten stellen rund 180 Autoren Grundlagen, Handlungsfelder, Sparten und Einrichtungen der Kulturellen Bildung vor. Zwei Beiträge beleuchten dabei auch die Zusammenhänge von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung und kultureller Bildung.

- ▷ www.bkj.de/all/artikel/id/6373.html

Publikation

BNE-Forschung

□ Sechs Untersuchungen renommierter Bildungsforscher werden im Heft „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Beiträge der Bildungsforschung“ präsentiert. Unter welchen Voraussetzungen kann BNE gelingen? Antworten auf diese Frage geben verschiedene Studien, deren Ergebnisse nun dort publiziert wurden. Alle Forschungsprojekte wurden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

- ▷ www.empirische-bildungsforschung-bmbf.de/_media/39_Bildungsforschung.pdf

UBA-Vortragsreihe online

Deutschlands Wege in die Zukunft

□ Nachhaltiges Leben ist in Deutschland möglich. Um zu erläutern, wie dieser Wandel möglich ist, wurden an sieben Terminen Experten in das Umweltbundesamt (UBA) eingeladen, um über verschiedene Fragen zur Nachhaltigkeit zu diskutieren. Gerhard de Haan, Vorsitzender des Nationalkomitees der UN-Dekade, und Georg Müller-Christ, Sprecher der Arbeitsgruppe Hochschule, sprachen zum Thema „Chancen und Perspektiven der Bildung für Nachhaltige Entwicklung“. Die Dokumentation der Veranstaltungen steht jetzt für alle Interessierten kostenlos als Download bereit.

- ▷ www.uba.de/uba-info-medien/4222.html

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

29.–30.04.13., Berlin

Naturschutz heute – eine Frage der Gerechtigkeit?

Fachtagung

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) möchte für Gerechtigkeitsthemen des Naturschutzes einen fundierten, bundesweiten Diskurs zwischen Naturschutzakteuren, Wissenschaft und Forschung sowie auf politischer Ebene anstoßen.

- ▷ www.lab-concepts.de

15.–16.04.13., Hannover

Gelungene BNE-Kooperationen. Fachtagung

Aktuelle Entwicklungen und der Einsatz von Finanzierungsinstrumenten wie Sponsoring und Förderung durch Unternehmen werden auf Einladung der AG Außerschulische Bildung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ diskutiert.

- ▷ www.umweltbildung-bayern.de

22.04.13., Berlin

Schule neu denken – nachhaltig handeln.

Symposium

Der Abschluss des vom Umweltbundesamt geförderten Projekts „Fachseminare zu Nachhaltigkeitsthemen“ bietet die Möglichkeit, Visionen für eine nachhaltige Schulentwicklung zu diskutieren. Im Fokus steht die Frage, wie außerschulische Partner mitwirken können.

- ▷ www.wwf.de/fachseminare

Impressum

Herausgeber

ökopädNEWS

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantwortl.), oeuropaednews@anu.de;

Olaf Rother, rother@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,

Kasselerstr. 1, D-60486 Frankfurt/M.,

Tel. +49(0)69/716 73329 - 41, Fax -10,

bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de